

Unter anderem in dieser Ausgabe:

SOLIDARISCH: UNTERSTÜTZUNG IM WAHLKAMPF s. 2

KULTUR: STALINS ARCHITEKT & RENOIR TRIFFT ROKOKO s. 6 - 8

BO WILDER OSTEN: ZUR SPONTANDEMO AM "ACAB-TAG" s. 10

GEDENKEN: GRABANLAGE FÜR OPFER DES KAPP-PUTSCHES s. 14

Veranstaltungstipp

1. Mai

Information, Fahrraddemo, Kundgebung, Hoffest: Am diesjährigen Internationalen Kampf- und Feiertag der ArbeiterInnenklasse gibt es in Leipzig wieder ein rundes, linkes Programm.

Seite 16

Mitteilungsblatt

Ausgabe 04/2022

Zeitung von DIE LINKE. Leipzig

DIE LINKE.



Am 6. April 2022 wurde der Vorstand der Leipziger LINKEN Stadtratsfraktion neu gewählt.

Die LINKE-Stadtratsfraktion hält Kurs

Kay Kamieth Bisheriger Fraktionsvorstand wieder gewählt, 2024 bereits im Blick

Am 6. April 2022 hat die größte Leipziger Stadtratsfraktion – unsere – in ihrer Fraktionssitzung den bisherigen Fraktionsvorstand bestätigt. Auch in den nächsten zwei Jahren werden Sören Pellmann als Fraktionsvorsitzender neben Franziska Riekewald und Steffen Wehmann als StellvertreterInnen und Dr. Olga Naumov als Beisitzerin der LINKEN-Fraktion vorsitzen. „Wir bedanken uns für das Vertrauen, das unsere FraktionskollegInnen auch in der zweiten Hälfte der Wahlperiode in unsere Hände legen. Das ist keineswegs selbstverständlich“, bekräftigt Sören stellvertretend für den Vorstand. Vor seiner Wahl betonte er die Notwendigkeit einer verstärkten Kommunikation sowohl innerhalb der Fraktion als auch mit den zahlreichen ehrenamtlich Mitarbeitenden in den Stadtbezirksbeiräten, Ortschaftsräten und den Gliederungen in der Partei. Die beiden Corona-Jahre haben viele gewohnte Wege der Kommunikation erschwert. Dazu sagt Sören: „Es ist uns als Fraktion wichtig, bestehende Arbeitsweisen und -abläufe immer wieder zu hinterfragen

und zu bewerten, um auch in Zukunft mit klarem Blick das Beste aus unserer Arbeit herauszuholen.“

Als Partei sind wir gut beraten, schnellstmöglich die Kommunalpolitik auf ein breites Fundament zu stellen. Der erste Schritt dazu ist bereits in Planung. Am 22. Juni 2022 (18:00 Uhr, Neues Rathaus, Stadtratssaal) steht – nach einer langen Pause – das nächste gemeinsame Treffen von Stadtratsfraktion, Stadtvorstand, StadtbezirksbeirätInnen, OrtschaftsrätInnen und Interessierten auf dem Programm. Neben aktuell wichtigen Dingen sollten dort auch bisherige Wege der Zusammenarbeit und Kommunikation auf den Prüfstand gestellt und eventuelle Verbesserungen diskutiert werden.

Der neue Fraktionsvorstand richtet seinen Blick einerseits zurück in das LINKE-Wahlprogramm 2019-2024 und die Umsetzung unserer politischen Forderungen. Sören dazu: „Bis zum Ende der Wahlperiode 2024 hat sich unsere Fraktion noch einige Ziele gesetzt – für ein sozial gerechtes Leipzig.“ Andererseits

werden aber auch die Vorbereitung der Kommunalwahl 2024 und die damit verbundene Erstellung eines neuen Wahlprogramms stärker in den Mittelpunkt der Arbeit der ganzen Fraktion und insbesondere des Vorstandes rücken.

In einem sollten wir uns sicher sein: Neben unserer aktiven Mitgliedschaft lebt DIE Leipziger LINKE von ihrer starken kommunalpolitischen Arbeit und ihrer Verankerung vor Ort. Diese sind die Grundlage weiterer guter Wahlergebnisse in Leipzig und auch für die Leipziger Ergebnisse bei Wahlen auf Landes- und Bundesebene. Mit einem erfahrenen Vorstandsteam und einer kollegial zusammenarbeitenden Fraktion können unsere Stadträtinnen und Stadträte die schwierigen lokalpolitischen Aufgaben im Leipziger Stadtrat am besten angehen und sich für unsere Ziele vor Ort am besten einsetzen. Am besten noch im guten Zusammenspiel mit den verschiedenen Beiräten: „Für ein sozial gerechtes Leipzig.“ Im Sinne der Menschen und unserer Partei – viel Erfolg dabei!

Foto: William Rambow

Sprechstunden & Sozialberatung

DIE LINKE vor Ort

Redaktion MiB Sprechstunden und Termine

Die regelmäßigen Sprechstunden und Beratungstermine der Leipziger LINKEN sind für alle Interessierten offen und kostenfrei nutzbar. Auf Grund der Corona Pandemie finden die Sprechstunden teilweise telefonisch und/oder online statt. Mehr Infos dazu auf den Internet-Seiten der jeweiligen LINKEN-Büros oder per Telefon.

Sprechstunden:

- Do. 21. April 2022, 16:00 Uhr, Liebknecht-Haus, Braustraße 15 Bürgersprechstunde mit dem MdB und Stadtrat Sören Pellmann
- Di. 3. Mai 2022, 16:00 Uhr, WKB Grünau, Stuttgarter Allee 18 Bürgersprechstunde mit dem MdB und Stadtrat Sören Pellmann
- Do. 5. Mai 2022, 17:00 Uhr, Stadtteilladen, Georg-Schwarz-Straße 122, Bürgersprechstunde mit dem Stadtrat Volker Külow
- Do. 12. Mai 2022, 20:00 Uhr, Online-Sprechstunde mit den StadträtInnen Olga Naumov und William Rambow

Sozialberatungen:

- jeden Di. 17:00 bis 19:00 Uhr und jeden Mi. 11:00 bis 13:00 Uhr, INTERIM, Demmeringstraße 32, Sozialberatung mit ELO - Erwerbslosenhilfe Leipzig Tel. Nr.: (0341) 492 731 48
- 2. und 4. Mi. 11:00 bis 15:00 Uhr, linXXnet, Brandstraße 15, Sozialberatung Tel. Nr.: (0341) 308 11 99
- Wahlkreis-Kulturbüro, Mariannenstraße 101, Sozialberatung auf Anfrage Tel. Nr.: (0341) 60 477 300
- Mo. 15:00 bis 19:00 Uhr, linXXnet, Brandstraße 15, Vereinsberatung Anmeldung: prinzessin@linxx.net

Im Stadtrat:

- Tel. Nr.: (0341) 123 21 59
- Fraktionssitzung: 11. Mai 2022, 17:00 Uhr, Festsaal, Neues Rathaus
- Ratsversammlung: 18. Mai 2022, ab 14:00 Uhr Ratssaal, Neues Rathaus

Los jetzt!

Von Adam Bednarsky

Die Zeiten sind schwierig – eine Binsenweisheit in einer linken Partei, aber aktuell ist es wirklich noch schwieriger als gewöhnlich. Über unserer Partei, wie über der gesamten Gesellschaft, liegt der Corona-Mehltau und das Gemeinsame blieb oft auf der Strecke. Der furchtbare Angriffskrieg von Russland auf die Ukraine hat die politisch schon Corona-zerrüttete Gesellschaft zusätzlich durchgeschüttelt.

Wir alle sind gut beraten, wenn wir als Partei und Stadtverband uns auf unsere Stärken besinnen. Wir sind die stärkste Partei in Leipzig und können Präsenz zeigen: Nutzen wir diese Stärke! Insbesondere außerhalb der Wahlkampfzeiten sind Infostände ein Alleinstellungsmerkmal. Lassen wir GenossIn-Man-Müsste-Mal zu Hause und organisieren in allen Stadtbezirksverbänden entsprechende Stände, die gern auch von den StadträtInnen und Abgeordneten abgestimmt werden können. In der Vorbereitung steht euch das Liebknecht-Haus mit Rat und Tat zur Seite.

Mit der neuen Ausgabe der „Leipzig konkret“ haben wir ebenfalls eine auflagenstarke Publikation erstellt, welche die Positionen unserer Partei zu aktuellen politischen Fragen kurz und prägnant darstellt. Ich bedanke mich bei allen GenossInnen, welche bislang zum Gelingen dieses Projektes beigetragen haben und werbe mit Nachdruck dafür, dass viele fleißige Hände die Briefkästen der Leipzigerinnen und Leipziger befüllen: Viele Hände, schnelles Ende! Gern können bei dieser Gelegenheit auch Haustür-Gespräche geführt werden, die entsprechende Gruppe in unserem Stadtverband ist für euer Engagement sicherlich dankbar.

Fast täglich kommen bei uns Anfragen für die Unterstützung der diversen Wahlkämpfe an. Gern versuchen wir nach Kräften alle zu unterstützen und koordinieren gern die Freiwilligen. In Sachsen sind zahlreiche Landrats- und Bürgermeisterinnen-Wahlen (12.6. und 3.7.). Dabei treten LINKE-KandidatInnen in Leipzig-Land, Vogtland, Zwickau, Sächsische Schweiz-Osterzgebirge und Erzgebirgskreis an. Bei den richtungsweisenden Landtagswahlen in Schleswig-Holstein (8.5., letzte Umfrage: k.A.), Nordrhein-Westfalen (15.5., letzte Umfrage – LINKE: 4 Prozent) und Niedersachsen (9.10., letzte Umfrage: 3 Prozent) sollten wir die Überraschung erzwingen. Das wird nur gemeinsam möglich sein: Deswegen gebt euch einen Ruck und macht mit!

Meiner Auffassung nach sollten wir alle mit eigener Aktivität versuchen, das Ruder in dieser sehr schwierigen Lage rumzureißen. Damit meine ich nicht, dass flotte Tippen in

den sozialen Medien oder das Postulieren von Verbesserungsvorschlägen bezüglich der Positionen von ParteifreundInnen, sondern konkretes – jenseits des innerparteilichen Dissenses – Engagement, welches die Menschen in Leipzig erreicht. Ich persönlich habe nicht selten das Gefühl, das Engagement in der Partei ähnelt bisweilen den Phänomenen eine Fußball-Weltmeisterschaft. Dort ist zu beobachten, dass von Spiel zu Spiel es mehr BundestrainerInnen werden bis es schließlich im WM-Finale circa 80 Millionen sind. Übersetzt auf DIE LINKE bedeutet dies, je näher die Umfragen in Richtung 5 Prozent-Todeszone rücken, werden es circa 60.000 Parteivorsitzende. Meine Überzeugung dazu ist: Packen wir vor Ort im Rahmen unserer Möglichkeiten an, legen alle eine Schippe drauf und helfen wir damit aktiv, dass wir wieder als Partei in die Spur kommen. Die Menschen in unserem Land braucht eine starke LINKE.

Bei alledem wird es keine Schande sein, wenn wir nach dem Kampf auch zum zünftigen Mampf einladen. Dazu wird am 1. Mai im Liebknecht-Haus beim traditionellen Kuchen- und (Vegi-)Bratwurst-Verzehr Gelegenheit sein. Das haben wir uns verdient und ich freue mich drauf;-!)



Für eine starke LINKE, überall!

Hilfe bei Landtagswahlkämpfen gesucht

In diesem Jahr stehen für uns als Partei noch drei Landtagswahlen auf der Agenda. Diese finden alle im Westen der Republik statt. Für die kommenden Wahlen in Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Niedersachsen gibt es bereits die Zusage des Büro Pellmann mit vor Ort zu helfen.

Dafür sind folgende Zeiten bereits eingeplant: 19. – 21. April in NRW, 2. – 6. Mai in SH und vom 22. bis 28. August NiSa. Bei Bedarf werden die Kosten für Transport und Übernachtung von DIE LINKE. Leipzig oder den jeweiligen Landesverbänden übernommen.

Rückfragen oder konkrete Anmeldungen bitte an 0341 1406440 oder an Kay.Kamieth@dielinke-leipzig.de



Foto: Team Pellmann

Sören Pellmann auf Frühlingstour

Sören Pellmann Infostand- und Wahlkreistour des Leipziger Bundestagsabgeordneten

Die Frühlingstour Ende März hatte diesmal einen zusätzlichen kleinen Farbtupfer, wir verteilten die ersten Frühlingsblüher an den Infoständen und die Leute haben sich über die schönen Stiefmütterchen aus dem Blumenladen Nitzsche in Schleußig sehr gefreut.

Neben den vertiefenden Gesprächen mit Organisationen, organisierten wir in fünf Tagen elf Infostände, wie gewohnt in allen Stadtteilen, dabei haben uns Genoss*innen aus der Basis tatkräftig unterstützt. Zum Beispiel Rüdiger Ulrich, unser ehemaliger Geschäftsstellenleiter der Fraktion im Stadtrat, der nun als Pensionär mit dabei ist oder Thomas Lentner aus dem Leipziger Süden, der keine Gelegenheit auslässt mich und unsere Partei zu unterstützen. Ein großer Dank an alle fleißigen Helfer*innen an dieser Stelle!

Ich hatte Kontakt zur Initiative Bürger*innenbahnhof Plagwitz aufgenommen und mich intensiv mit den Akteur*innen ausgetauscht. Im Bereich des Plagwitzer Bahnhofes existiert eine der selten gewordenen brachen Flächen unserer Stadt. Bisher gehört diese einer Immobilienfirma, die das ehemalige Bahngelände inkl. seiner Brachen noch bebaut hat. Im Austausch mit der Bürgerinitiative wurde deutlich, wie sehr die Bewohnerinnen und Bewohner vor Ort an einem Erhalt und einer Weiterentwicklung der Fläche zum Naherholungsgebiet interessiert sind. In den letzten Jahren entwickelte sich der Bereich immer mehr zum Flanierbereich fernab des täglichen PKW-Lärms mit zahlreichen Freizeitmöglichkeiten wie Fußball- und Basketballspielfeld, Bauspielplatz und Café. Dieser Zugewinn an Lebensqualität soll nicht einer massiven Wohnbebauung der Fläche in

privater Hand verloren gehen. Daher haben ich mit der Bürgerinitiative intensiv diskutiert, wie mit Hilfe von bestehenden Bauplänen, vertraglichen Regelungen der Bahn und Kooperationsgesprächen genau das Ziel einer minimalen Versiegelung verfolgt werden kann. Gemeinsam mit den engagierten Menschen vor Ort kann hier künftig ein sehr attraktiver Freizeitort entstehen.

Bei der Begehung durch den Clara- und Johannapark im Leipziger Stadtzentrum konnte ich mir ein genaueres Bild über den Zustand der Fauna und Flora der Parklandschaften machen und Lösungsansätze diskutieren. Wie sieht eine durch die Klimaveränderung bedingte klimagerechte Parkpflege aus, welche Konzepte werden dazu entwickelt. An städtische Parks werden zahlreiche Anforderungen durch unterschiedliche Nutzer*innen gestellt, auch diesbezüglich stellt sich die Frage, wie ein zukünftiges Nutzungskonzept aussehen sollte. Diese und weitere Fragen wurden beim Rundgang mit Amtsleiter Peter Wasem, Amt für Umweltschutz, Amtsleiter Rüdiger Dittmar, Amt für Stadtgrün und Gewässer, und Herr Schulze, Sachbearbeiter Grünanlagenbewirtschaftung, besprochen und beraten. Mit ihren Expertisen ebenfalls mit dabei Karsten Peterlein, Vorstandsmitglied NABU Leipzig, und Michael Neuhaus, umweltpolitischer Sprecher der Stadtratsfraktion. Frau Gründel Teamleiterin des

Quartiersprojekts „Quartier Leipziger Osten“ bei der Verbraucherzentrale Sachsen e.V. stellte ihre Büroräumlichkeiten vor und die Zielstellung des Projekts im Leipziger Osten. Die kommenden in der Beratungsstelle immer dringender werdenden Problemstellungen betreffend Energiekosten, Stromkosten und Lebensmittelkosten stellten Diskussionsteilnehmer*innen eindrücklich da. Ich werde mich u.a. dem Thema sowohl im Bundestag, als auch beim nächsten Jobcenterbeirat intensiv annehmen.

- ① Bürgerbahnhof Plagwitz | (buergerbahnhof-plagwitz.de)
- ① NABU Leipzig | (www.nabu-leipzig.de)
- ① Verbraucher stärken im Quartier | Verbraucherzentrale Sachsen (verbraucherzentrale-sachsen.de)



Foto: Team Pellmann

Stadtbezirksverband Südwest startet nach Jahren Pandemiepause mit neuem Vorstand

Rene Streich Ende März 2022 wählten die Genossinnen und Genossen in Südwest einen neuen Vorstand. Nach 2 Jahren der Pandemie und den daraus resultierenden Stillstand, fanden sich die Mitglieder des Stadtbezirksverbandes Südwest zusammen und wählten einen neuen Bezirksvorstand.

Der Leipziger Südwesten ist mit Hartmannsdorf im Süden, über Knautkleeberg, Klein- und Großzschocher bis zu den dynamischen Stadtteilen Plagwitz und Schleußig sehr vielfältig.

In Rahmen der Neuwahlen betonten die Neuen Vorstandsmitglieder wie wichtig eine Starke Linke im Stadtteil ist und welche großen Aufgaben auf alle zukommen werden. Nach 2-jähriger Pause aufgrund der Coronapandemie fanden sich Neue Mitglieder zusammen, um für den Vorstand zu kandidieren und sich Aufgaben anzunehmen, um die Linke im Leipziger Südwest wieder in Fahrt zu bringen. Die Mitglieder wählten wieder mit Claudia Scholz und Rene´ Streich eine Doppelspitze an der Spitze des Vorstandes und erstmaligen sind es auch mehr Frauen im Gremium als Männer, was klar als ein Signal der Erneuerung und des Aufbruches zu verstehen ist. Denn der Gesamte Vorstand versteht sich als gleichberechtigtes Team, in

dem es keine Oben oder Unten geben soll.

Ebenfalls will die Neue Spitze der Linken Leipzig Südwest nach 2 Jahren wieder sein Sommerfest veranstalten und auch mit anderen Aktionen wieder verstärkt in Erscheinung treten, von Stadtteilspaziergängen, Radtouren, gemeinsames Grillen bis hin zu Inhaltlichen Diskussionsrunden bis hin zu den wieder monatlich stattfindenden Mitgliederversammlungen, so soll versucht werden jedes Mitglied der Linken im Stadtteil erreicht zu werden.

Der neue Vorstand der Linken Leipzig Südwest lädt daher alle seine Mitglieder dazu ein sich an den Veranstaltungen rege zu beteiligen und auch Denkanstöße und Ideen mit in die Arbeit des Vorstandes einzubringen.

Im neuen Vorstand Die Linke Leipzig Südwest sind folgenden Personen vertreten:

Scholz, Claudia, Co. Vorsitzende Sprecher*in Zusammenarbeit/Kontakt zu Strukturen im Stadtteil Südwest



Streich, Rene, Co. Vorsitzender Sprecher*in für übergeordneter Parteistrukturen (Landesverband)

Deutschmann, Steffi, Mitgliederverantwortliche

Buntrock, Helenie, Sprecher*in Organisation des Stadtbezirksverbandes Südwest

Liebmann, Felix, Neumitgliederverantwortlicher

Möller, Kathrin, Sprecher*in Zusammenarbeit/Kontakt innerhalb des Stadtverbandes

Krusche, Holger, Verantwortlicher für die Social Media/Website

① Der neue Vorstand trifft sich am 12. Mai zu seiner ersten Sitzung im Interim Demmeringstr. 32

Stadtratsnotizen

Siegfried Schlegel Bericht vom Stadtratsgeschehen im März

Aktuelle Stunde im Unicampus

Die Stadtratssitzung am 10. März zur regionalen Innovationsstrategie fand im Auditorium Maximum im Universitätscampus am Augustusplatz statt. Frau Dr. Katrin Leonhardt, Vorsitzende des Vorstands, referierte beispielhaft am Jahr 2021 über die Aufgaben und Arbeitsweise der Sächsischen Aufbaubank (SAB) als Förderinstitut für regionale, nationale und EU-Förderprogramme.

Die Förderung erfolgt durch Kredite, Bürgschaften und Beteiligungen. Im Auftrag der sächsischen Ministerien prüft die SAB die Förderanträge und ist Bewilligungs- sowie Auszahlungsbehörde. Im Rahmen der fünf Förderbereiche wurden allein 2021 368 Mio. Euro für Wohnungsbau, 637 Mio. für die Wirtschaft, 411 Mio. für Infrastruktur und Kommunales, 197 Mio. für Bildung und Soziales sowie 89 Mio. für Umwelt und Landwirtschaft ausgereicht.

Leipzig ist ein wichtiger Teil des Forschungs- und Entwicklungsstandortes Sachsen. Ne-

ben der Universität und den Hochschulen gibt es zahlreiche außeruniversitäre Forschungseinrichtungen.

Als die Linksfraktion durch einen Antrag die Initiative für ein Stadtentwicklungskonzept Hochschulen und Forschung stellte sowie sich für die schwerpunktmäßige Entwicklung der Alten Messe als Standort für Hochschulen einsetzte, war es nur schwer vorstellbar, dass die Stadt mit ihren Strategien bei der Stadtentwicklung die Dynamik der Entwicklung von Universität, Hochschulen und Forschung dadurch befördern konnte. Institute von allen bedeutenden BRD-Forschungsgesellschaften siedelten sich mit Schwerpunktsetzung Biologie- und Technologieforschung in Leipzig an oder entstanden neu. In der Bio-City auf der Alten Messe konnten sich neu entstandene Unternehmen auch aus Ausgründungen etablieren, bis sie eigene Standorte in der Stadt fanden.

Die rasante Entwicklung hatte zur Folge, dass Leipzig neben Berlin als die einzigen „stärker entwickelte Regionen“ nach EU-

Definition in Ostdeutschland klassifiziert wurden. - Mit der Konsequenz geringerer EU-Förderung. Mit der SAB werden deshalb neue Förderwege gesucht, um Leipzig weiter voran zu bringen.

Solidarität mit Kiew und der Ukraine

Der Beginn der Stadtratssitzung am 15. März stand ganz im Zeichen des Ukrainekriegs, der von Russland nach Jahren militärischer Konflikte in der Ostukraine begonnen wurde. In einer Videoeinspielung warb der Bürgermeister von Leipzigs Partnerstadt Kiew, Vitali Klitschko, um aktive Solidarität. Aber die Stadtratsfraktionen und die Verwaltung beließen es nicht bei Worten der Ablehnung der von Russland begonnenen Aggression.

Im Auftrag des Oberbürgermeisters Burkhard Jung brachte der Beigeordnete Allgemeine Verwaltung, Bürgermeister Ulrich Hörning eine Eilbeschlussvorlage zur Bereitstellung von 9 Mio. Euro zur Finanzierung der Sofortmaßnahmen, wie zur schnellen Unterbringung und Integration der Ukraine-Flüchtlinge in Leipzig ein, die einmütig beschlossen

Facettenreiche Beiträge

Kurt Metschies Zum Erscheinen der neuen Ausgabe der „Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung“

Schon allein der hier abgebildete Heftumschlag der aktuellen Ausgabe der vierteljährlich erscheinenden Fachzeitschrift vermittelt erste Eindrücke von Facettenreichtum und der Bandbreite der in ihr enthaltenen Beiträge und Aufsätze. Der Internationale Frauentag war für das Herausgeber- und Redaktionstrio Wolfgang Weist (Berlin), Matthias John (Leipzig) und Rainer Holze (Berlin) ein besonderer Anlass, auch zwei Abbildungen zu Käthe Popall für den Umschlag auszuwählen und darüber hinaus eine biografische Skizze von Jörg Wollenberg (Bremen) über deren lebenslangen Wirken für die Ideen und Ziele der Arbeiterbewegung, auch unter Einsatz des Lebens im antifaschistischen Widerstand, zu veröffentlichen. Im Jahre 1930 war die Protagonistin für die KPD in die Hamburger Bürgerschaft gewählt worden. 1935, zwei Jahre nach der Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland, wurde sie als Mitglied der ersten operativen Landesleitung der KPD in Berlin verhaftet und 1937 vor dem Volksgerichtshof zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach der Befreiung vom Faschismus kehrte sie in Ihre Geburtsstadt Bremen zurück. 1946 entsandte sie die KPD in die erste, von der amerikanischen Besatzungsmacht ernannte Bremer Bürgerschaft, die sie zur Vizepräsidentin des Parlaments wählte. Im gleichen Jahr trat sie als erste

Frau in den seit Jahrhunderten ausnahmslos von Männern besetzten Rat und Senat der Hansestadt Bremen ein und leistete dort eine konstruktive Arbeit, bis sie mit anderen Kommunisten den Senat im Jahre 1948 verlassen musste. KP-Abgeordnete in der Bürgerschaft blieb sie bis 1951. Käthe Popall war besonders enttäuscht darüber, dass die sozialistischen Neuordnungsvorstellungen der Linken im Restaurierungsprozess in den westdeutschen Besatzungszonen und dann in der BRD untergingen. In Bremen beteiligte sie sich an dem Forschungsprojekt und der Ausstellung zur Aufarbeitung der NS-Zeit und berichtete im Gewerkschaftshaus mehrfach als Zeitzeugin über ihre antifaschistische Widerstandstätigkeit. Nicht nur für die Linken war, ist und bleibt sie das Vorbild einer tapferen und unbeugsamen Frau, einer konsequenten Kämpferin für eine bessere Welt. Ein zweiter Beitrag von Wollenberg ist dem Reformpädagogen und Nazi-Gegner Theodor Lessing (geboren am 15. 2. 2007 in Bremen) gewidmet. Die NDFührung ließ ihn bereits Ende August 1933 ermorden. Außer den bereits im Umschlag ausgewiesenen Beiträgen sei hier noch kurz auf die anderen Hefttexte verwiesen. Sie beleuchten unter anderem das gebrochene Amnestiebesprechen der Weimarer Republik im Gefolge des Kapp-Putsches 1920 (von Gerhard Weiß, Hamburg), die Festlegung

der Oder-Neiße-Grenze auf der Potsdamer Konferenz 1945 und ihre Konsequenzen (von Walter Schmidt, Berlin), aufschlussreiche Aspekte der späten Akzeptanz der wissenschaftlich/technischen Revolution in der DDR (von Siegfried Prokop, Bernau) und die Rehabilitationsbemühungen von Wolfgang Harich im Frühjahr 1990 in der DDR (von Andreas Heyer, Braunschweig). Ein Bericht von Rüdiger Dannemann (Essen) über eine Internationale Konferenz zum 50. Todestag von Georg Lukács, eine Würdigung des lebenslangen Wirken der Erwachsenenbildners und Historikers J. Wollenberg für eine demokratisch verfasste und historische bewusste Arbeiterbewegung anlässlich dessen 85. Geburtstages (durch Karl Heinz Roth, Bremen) sowie ein umfangreicher Rezensionsteil komplettieren die hier vorgestellte BzG-Ausgabe.

① Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 1/2022 (März), 179 S., Abb., trafo Wissenschaftsverlag Dr. Wolfgang Weist, Berlin. ISSN 0942-3060. Einzelheftpreis: 16,00 Euro. Bestellungen über jede Buchhandlung oder direkt beim Verlag (Postanschrift: Finkenstr. 8, 12621 Berlin; Telefon: 030/612 99 418; E-Mail: info@trafoberlin.de)

wurde. Er informierte auch über eingeleitete Sofortmaßnahmen und würdigte die aktive Solidarität zahlreicher Organisationen und Einzelpersonen.

Diskriminierungsfreie Wohnungsvergabe

Die Ratsversammlung befasste sich mit einem Antrag des MigrantInnenbeirats zur Abschaffung des Listenverfahrens für MigrantInnen, die ALG II oder Grundsicherung nach SGB XII beziehen. Das Listenverfahren bei der LWB entstand auf Vorschlag externer Berater im Ergebnis der Ereignisse 2016, als unterstellt wurde, dass LWB-Mitarbeiter gegen Geld Wohnungen verschoben hätten, was bundesweit damals für Aufsehen sorgte. Tatsächlich waren kriminelle Netzwerke im Asylbewerbermilieu tätig. Beschlossen wurde, dass bis Ende des III. Quartals ein neues diskriminierungsfreies System bei der LWB geschaffen wird, das alle Leistungsempfänger nach Sozialgesetzbuch (SGB) II und SGB, dem Asylbewerberleistungsgesetz oder Wohngeldempfänger bei allen Neuvermietungen berücksichtigt werden. Diskussionen zu Diskriminierungen auf dem

Wohnungsmarkt sollen in bestehenden Gremien und Formaten stattfinden.

Vorlagen beschlossen

Beschlossen wurden Vorlagen u. a. zur pauschalen Finanzierung bzw. Bereitstellung von Coronatests bei Trägern der Jugendhilfe, sowie für überplanmäßige Aufwendungen zur Fertigstellung der Kitas Holbeinstraße in Schleußig und der Lilienstraße 1a im WK 8 in Grünau. Baubeschlüsse wurden gefasst zum Neubau von 2-Feld-Sporthallen für die 66. Grundschule Komarowstraße, die C.-G.-Frege-Oberschule, zur Sanierung Shakespearestr und zwei Fußgänger-Fahrradbrücken über die Bernhard- und Theodor-Neubauer-Straße im Rahmen des Grünzugprojektes Parkbogen Ost. Planungsbeschlüsse wurden für die 2-Feld-Sporthalle der Oberschule Ratzelstraße sowie zur Freilegung des Pleißemühlgrabens zwischen Käthe-Kollwitz-Straße und Parthe am Zoo gefasst.

Anträge beschlossen und abgelehnt

Einstimmig beschlossen wurde der Antrag der Linken zur Einrichtung eines Portals

zur Barrierefreiheit im Sinne der UN-Behindertenkonvention, über das jedermann festgestellte Barrieren melden kann. Deren Beseitigung durch die Stadtverwaltung wird vom Ausschuss Soziales und Gesundheit kontrolliert. Mit Mehrheit beschloss der Stadtrat Anträge wie die Sanierung der Spielplatzbereiche im Naherholungsgebiet Theklaer Bagger vom Stadtbezirksbeirat (SBB) Nordost und zur Schulwegsicherheit am Leutzscher Holz vom SBB Altwest. Abgelehnt wurde hingegen der CDU-Antrag den Verkehrsknotenpunkt Mockau endlich zielgerichtet und umfassend zu entwickeln, da bereits großräumige Planungen, wie die neue Straßenbahntrasse in der Mockauer und Tauchaer Straße in Arbeit sind und es bereits erste Vorlagen für den Stadtrat gibt sowie des Knoten Mockauer Post. Ebenso wurde der AfD-Antrag zur Bildung eines Beirats für Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft abgelehnt, da alle Wirtschaftsbereiche ebenso wie die Bürgerschaft bei großräumlichen städtischen Planungskonzepten und Bebauungsplanungen zu beteiligen sind.

Stalins Architekt

Daniel Merbitz Architekturzeichnungen von Boris Iofan

Mit Etikettierungen und schlaglichtartigen Zuschreibungen ist es nicht immer leicht: Es wird oft ein Teil vom Wesenskern beleuchtet, aber die vielen Facetten bleiben leider im Schatten verborgen. So ist zum Beispiel der Begriff der „Leipziger Schule“ (und der noch diffusere der „Neuen Leipziger Schule“) im Bereich der bildenden Kunst genauso unscharf wie die gängige Bezeichnung „Stalins Hofarchitekt“ für Boris Iofan (1891-1976). Ein vornehmer Verdienst der Ausstellung „Stalins Architekt: Aufstieg und Fall von Boris Iofan“ im Berliner Museum für Architekturzeichnung ist es, dass endlich der Blick geweitet wird auf einen begabten Zeichner, Baukünstler und Visionär, der auch ein bewegtes Leben geführt hat. Deswegen ist der heruntergekühlte Ausstellungstitel, der das Wörtchen „Hof“ meidet, schon der erste Gewinn.

Der Zweite liegt daran, dass die wunderbaren, altmeisterlich wirkenden Architekturzeichnungen nach einem klaren Prinzip geordnet und in Szene gesetzt werden: Die Entwicklung eines Künstlers in Zeiten sich existenziell wandelnder Welten.

Doch nun zu Boris Iofan. Seine gebaute und imaginierte Architektur zeugt vom Beherrschen von verschiedenen Baustilen, vom Neoklassizismus über den Konstruktivismus bis hin zur Moderne.

In den 1930er Jahren, nahe am Zentrum der Macht der Sowjetunion verankert, wird er die Grenzüberschreitungen miterleben und zugleich eine visionäre Architektur entwerfen. Wladimir Sedow hat es im Ausstellungskatalog auf den Punkt gebracht: „Er hat für die Sowjetmacht, für die Macht im Allgemeinen und für das sozialistische Experiment in seiner spektakulärsten und schrecklichsten Phase solche Formen und Ausdrucksmittel gefunden, dass er zusammen mit dieser Herrschaft in die Geschichte eingegangen ist und zu einem Symbol, einer Legende und einem Eigenname wurde.“

Trotz des Pathos des sozialistischen und kommunistischen Bauens ist sein Urstrom immer wieder erkennbar: die italienische

Architektur, die ihn selbst zum wichtigen Teil der neoklassizistischen Bewegung werden ließ.

Boris Mikhailowitsch Iofan wurde 1891 in Odessa geboren, stammte aus einer jüdischen Familie, war geprägt von dem mehrsprachigen, flirrenden und lauten Schmelztiegel am Schwarzen Meer, studierte 1903 bis 1911 an der Architekturfakultät der Kunstschule seiner Heimatstadt, welche er als diplomierter Lehrer im Zeichnen und als Techniker verließ. In Sankt Petersburg arbeitete er bei Alexander Tamanow und kam mit dem Neoklassizismus und dem Jugendstil in Berührung. Im Jahre 1914 ging er nach Italien, um Architektur zu studieren. Rom wurde zu seiner prägenden Zeit: er fand Inspiration in römischen Monumenten als Mitarbeiter von Armando Brasini (1879-1965) und hatte Kontakt zu Manfredo Manfredi (1859-1927), der im Liberti-Stil arbeitete, einer italienischen Symbiose aus Späthistorismus und Jugendstil (manche ordnen diesen Stil als italienischen Jugendstil ein). Im Jahr 1916 beendete er das Studium mit dem Diplom. Dieser frühe Bezug in seinen „Lehrjahren“

zur römischen Antike und zum Neoklassizismus (aber weniger zum Barock) sollte die Quelle sein, aus der er fast sein ganzes Leben lang schöpfte. Er heiratet in Italien die Tochter eines Herzogs und war aber auch seit der Gründung der Kommunistischen Partei Italiens im Jahr 1921 deren Mitglied. In der Ausstellung sind Radierungen und Zeichnungen auch seiner italienischen Periode zu sehen: Palazzo Farnese, Palazzo Borghese, San Saba. Auch ein Bühnenbildentwurf ist mit dabei: zum Epos „La Gerusalemme liberata (Das befreite Jerusalem)“ von Torquato Tasso (1544-1595), heute ein leider fast vergessener Dichter (am ehesten ist noch Goethes „Tasso“ ein Begriff).

Rätselhaft bleibt bis heute, was es mit dem Entwurf aus den Jahren 1922/23 für das pathetische Botschaftsgebäude der jungen Sowjetunion in Rom auf sich hat. Fertigte er daneben auch noch zeitgleich Entwürfe für ein Botschaftsgebäude der USA in Rom an? Dies legen kürzlich entdeckte Zeichnungen nahe, obwohl auf dem Papier listig mit einer Aufschrift auf das Botschaftsgebäude der Sowjetunion hingewiesen wird, aber die dort

so bezeichnete Straße Via Milano tatsächlich die Adresse der USA-Botschaft ist. Diese Zeichnung ist wahrscheinlich eine Überarbeitung des Entwurfs der Botschaft der Sowjetunion. Beide Entwürfe der sich stark ähnelnden Gebäude sind nun in Berlin zu bewundern. Eine Sensation in der Fachwelt! Und ein ungelöstes Rätsel.

Im Jahr 1924, nach der Machtübernahme durch Mussolini, siedelt er in die Sowjetunion über, suchte die Nähe zur sowjetischen Regierung und machte sich zunächst mit neoklassizistischen und später konstruktivistischen Projekten – allen voran das „Haus der Regierung“ in Moskau und das „Sanatorium Barwicha“ in der Nähe der Hauptstadt – einen Namen.

Ein geteiltes römisches Pantheon ist im Entwurf für die Timirjasew-Akademie für Landwirtschaft (1927/31) zu erkennen. Zu sehen sind auch Entwürfe zur Metrostation „Spartakowskaja“ (heute Baumanskaja, 1940) und für das Zeitungsgebäude „Iswestija“ (1940).

Leicht wechselte er mit Beginn der 1930er Jahre von den kon-



Boris Iofan: „Entwurf für das Sanatorium Barwicha. Ansicht des Hofes und eines Teils des Gebäudes“, 1940, Aquarell, Pinsel, Rötel, Papier, 556 × 416 mm (Foto: Tchoban Foundation)

struktivistischen Positionen zur neoklassizistischen Sprache zurück, als hätte er die nicht ausgesprochenen Wünsche von Josef Stalin und seinem Umfeld erraten. Von 1932 bis 1947 galt Boris Iofan als Schlüsselfigur in der Architektur der Sowjetunion, seine Nähe zu Josef Stalin machte ihn zum sogenannten „Hofarchitekten“. In diesen Jahren realisierte er nicht nur eigene Architekturentwürfe, sondern setzte auch die architektonischen Vorstellungen des Diktators um. Ein Teil dieser Visionen wurde in den sowjetischen Pavillons auf den Weltausstellungen 1937 in Paris und 1939 in New York verwirklicht. 1937 trat Boris Iofan in direkte Konkurrenz mit Albert Speer, als die jeweiligen Pavillons der beiden Architekten einander gegenüber entstanden.

Die Entwürfe von Boris Iofan der 1930er und 1940er Jahre sind in einem weiterentwickelten neoklassizistischen Stils gehalten, eines generalisierten und verschwommenen, grandiosen und pompösen Stils, der sich jedoch an die klassischen Vorbilder hielt: er hat jetzt seine Handschrift gefunden.

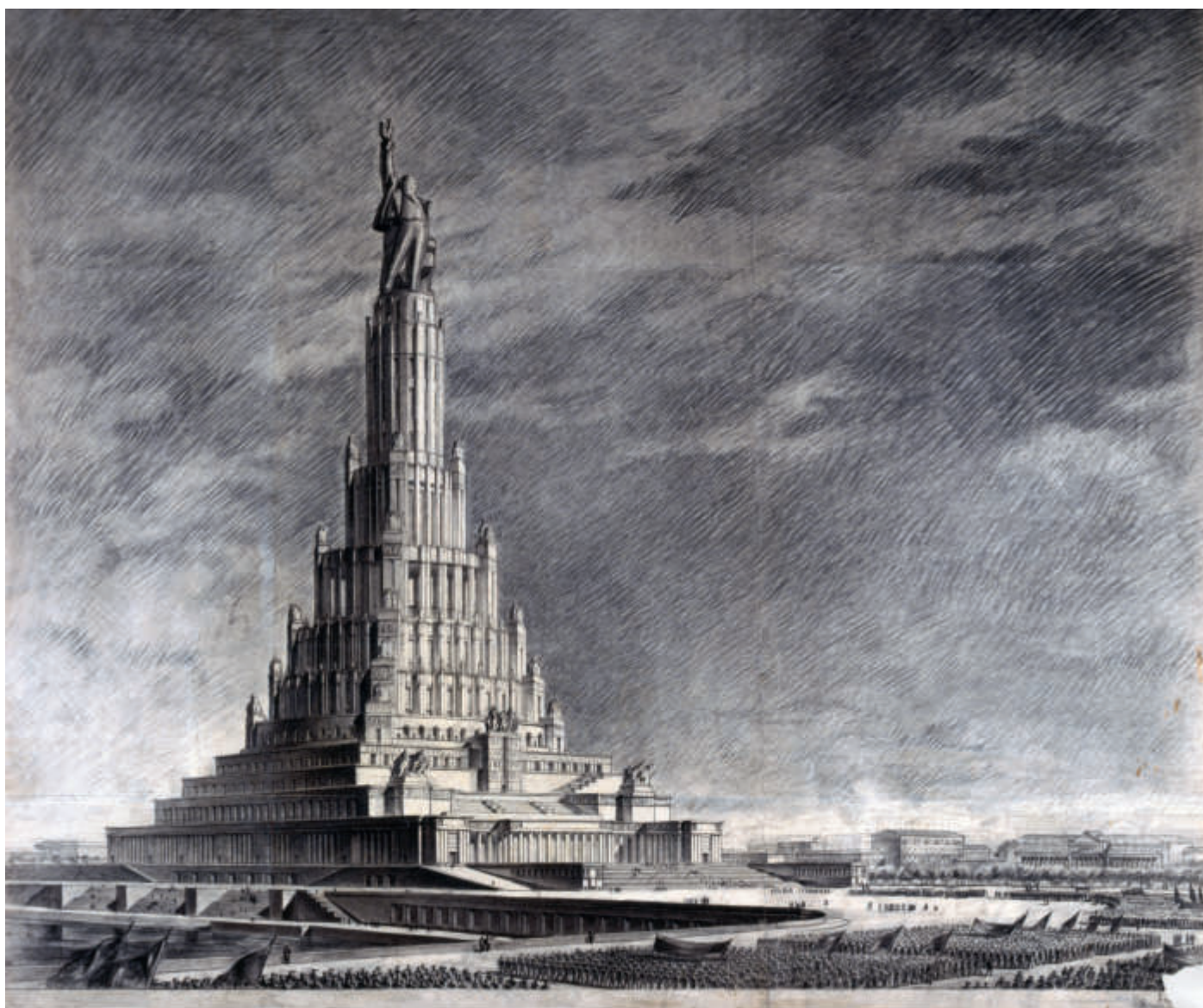
Als Höhepunkt werden in der Schau Variationen zum (nie gebauten) „Palast der Sowjets“ präsentiert. Das Gebäude sollte Sowjetbürger wie Menschen aus aller Welt beeindrucken, ja auch überwältigen. Es sollte die sowjetische Antwort auf die US-amerikanischen Wolkenkratzer werden. Dieser Palast und die Politik waren aufs Engste verwoben. Josef Stalin gehörte 1931 zur Wettbewerbsjury dieses Projektes, dessen Ursprungsplanungen bereits ins Jahr 1922, dem Gründungsjahr der Sowjetunion, zurückreichen.

Boris Iofan setzte sich gegen Le Corbusier, Walter Gropius und Erich Mendelsohn durch, die ebenfalls am Wettbewerb teilnahmen. Materialmangel und der Zweite Weltkrieg beendeten den nicht über Fundamentfragen hinausgekommenen Weiterbau des Palastes. Die Fundamente wurden nach Stalins Tod für den Bau des großen Freibades „Moskwa“ verwendet. Der endgültige Baustopp folgte 1958. Boris Iofan wandte sich dann dem internationalen Modernismus zu, Leichtigkeit und Pracht gingen jedoch leider verloren.

Der sehr lobenswerte und fundierte Ausstellungskatalog ist ein modernes Kompendium zur Causa Boris Iofan mit vielen neugierig machenden Hintergrundinformationen und ist mit Anekdoten aus einem pulsierenden Architektenleben angereichert.

Das Museum ist ein Gewinn für die Museumslandschaft: spannende Wechselausstellungen, die uns Einblicke in die geheimnisvolle Welt der Architekturzeichnung gewähren. Sergei Tchoban, Star-Architekt, herausragender Künstler (zuletzt war ihm eine Ausstellung in der Kunsthalle Rostock gewidmet) und Sammler von Architekturzeichnungen hat 2009 die Tchoban Foundation gegründet, die das 2013 eröffnete Museum für Architekturzeichnung betreibt.

① „Stalins Architekt: Aufstieg und Fall von Boris Iofan“, bis 15. Mai 2022: Tchoban Foundation, Museum für Architekturzeichnung, Christinenstraße 18a, Berlin, Mo-Fr: 14-19 Uhr, Sa-So: 13-17 Uhr, Eintritt: 6 Euro, ermäßigt 4 Euro, Katalog 28,- Euro



Boris Iofan: „Entwurf für den Palast der Sowjets in Moskau. Endgültige Variante. Ansicht von der Moskwa“, 1934, Kohle, Papier, 1670 × 1880 mm (Foto: Tchoban Foundation)



Ausstellungsansicht „RENOIR. ROCOCO REVIVAL“,
Foto: Städel Museum/ Norbert Miguletz

Sorgenfreie Welt

Lavinia Hudson Renoir trifft Rokoko im Städel Museum

Das Städel Museum in Frankfurt am Main feiert den Impressionisten Renoir und das Rokoko bis zum 19. Juni 2022 mit einer groß angelegte Ausstellung: „Renoir. Rococo Revival“.

Warum sind Renoirs Bilder eigentlich so besonders? Aber zunächst: Renoir und Rokoko? Wie passt dies eigentlich zusammen?

Pierre-Auguste Renoir (1841-1919) zählt zu den herausragenden Künstlern des französischen Impressionismus. Soweit, so bekannt. Renoirs Schilderungen des modernen Lebens aus dem Paris des ausgehenden 19. Jahrhunderts prägen unsere Sicht auf diese Zeit nach wie vor. Er fand seine Inspirationen jedoch nicht nur in seinem Alltag, sondern auch in der Kunst vorangegangener Epochen. Als Porzellanmaler ausgebildet, war der Maler selbst bestens mit der Motivwelt von Künstlern wie Antoine Watteau, Jean-Honoré Fragonard und besonders mit den süßlichen Aktdarstellungen von Francois Boucher vertraut. Diese französische Malerei des 18. Jahrhunderts prägte ihn. Ab den 1830er-Jahren erfuhr dieser Stil einen beispiellosen Aufschwung, so dass man heute von einem „Rococo-Revival“ spricht.

Neben seiner Orientierung an der Motivwelt des Rokoko schätzte Renoir an dieser Epoche vor allem die lockere und skizzenhafte Malweise sowie die leuchtende Palette. Gemäl-

de einer heiteren Welt, mit prachtvoll gekleidetem Menschen, die sich dem Amüsement und der Zerstreuung hingeben, haben das Bild des Rokoko geprägt. Die Protagonistinnen und Protagonisten in den Bildern von Renoir und seinen Zeitgenossen gehören nicht mehr dem Adel an, sondern der Bourgeoisie, die sich an Orten der urbanen Freizeitkultur vergnügt – sei es in blühenden Pariser Parks und Gärten, in Gartencafés oder in der Oper.

Aber auch der weibliche Akt sollte zeitlebens in Renoirs Gesamtwerk ein zentrales Thema

darstellen. Er inszenierte seine Modelle vielfach als Badende, fernab der harten Realität in einer undefinierten Umgebung vor pittoresken Kulissen.

Im Städel Museum sind 120 herausragende Gemälde, Arbeiten auf Papier und kunsthandwerkliche Objekte aus internationale bedeutenden Museen zusammengetragen worden. Durch die Gegenüberstellung der Kunst Pierre-Auguste Renoirs mit den Werken des 18. Jahrhunderts sowie seiner Zeitgenossen – Edgar Degas, Édouard Manet, Claude Monet, und Berthe Morisot – entsteht ein tiefer Einblick in die Auseinandersetzung mit dem Rokoko im Impressionismus.

„Das erste Ausstellungshighlight im Frankfurter Städel 2022 ist dem Meister des Impressionismus und seiner Rokoko-Leidenschaft gewidmet. Damit knüpft ‚Renoir. Rococo Revival‘ nicht nur an vorangegangene große Ausstellungen zur französischen Kunst der Moderne im Städel an, sondern schließt auch so manche Lücke in einem noch überraschend wenig erforschten Themenfeld des Impressionismus“ zeigt sich Philipp Demandt, Direktor des Städel Museums, begeistert.

Renoirs Kunst erfreut durch die farbenfrohe Darstellung, die ansprechenden Motive und die exzellent gemalten Porträts. Es ist eine wunderbare Ausstellung zum Verweilen. Hier können wir in dunklen Zeiten entspannen und in Gedanken versinken, uns hineinträumen in eine pastellfarbene sorgenfreie Welt.



Pierre-Auguste Renoir (1841-1919): „Frau mit einem Fächer“, ca. 1879,
Öl auf Leinwand, 65,4 × 54 cm, The Clark Art Institute, Williamstown,
Foto: Städel/Image courtesy Clark Art Institute. clarkart.edu

Im Auftrag der Verständigung

Alexander Schmidt Ein Portrait über die Gesellschaft für Völkerverständigung

Es ist im Oktober 2021, als mich Liliana Osorio de Rosen darum bittet, einen Artikel über die »Gesellschaft für Völkerverständigung« und Ihr aktuelles Projekt zu schreiben. Gesagt - getan, mache ich mich an einem diesigen Novembertag auf den Weg Richtung Connewitz, um mich im Werk II mit Hassan Zeinel Abidine, einem der Gründer und Vorsitzenden des Vereins, und Petra Kießling, der Organisatorin des aktuellen Projekts, zu treffen.

Das aktuelle Projekt trägt den Titel »Geschichten der Migration - Kunst im Exil« und möchte zum einen Künstlerinnen und Künstlern in Leipziger Exil die Möglichkeit geben, ihre Geschichte zu erzählen und zum anderen ein Format und einen Ort schaffen, an dem Kunstschaffende aus den verschiedensten Richtungen und Kulturen zum Austausch zusammenkommen können. Unter der Regie von Detlef Vitzthum, seines Zeichens verdienter Regisseur und Schauspieler u. a. am »Theater der jungen Welt« in Leipzig, sollen mit der musikalischen Umrahmung Sef Albertz Gesang, Tanz, Lyrik, Malerei und ein Text aus der Feder Hassans in einer Collage verbunden werden. Begleitet wurde das Projekt von einer Ausstellung. Finanzielle Unterstützung erfährt das Projekt dabei von der Stadt Leipzig und aus dem Sonderfonds »Neustart Kultur« vom »Bundesverband der Soziokultur«. Das Projekt soll aber nicht nur Kunstschaffenden im Exil helfen, gemeinsam ihre Erfahrungen zu verarbeiten, sondern auch zur Verständigung zwischen Menschen beitragen, die ihre Heimat verlassen müssen und jenen, in deren Heimat sie als Fremde ankommen. Die Kategorie des »Fremden« wiederum ist seit jeher Projektionsfläche für das Unbekannte: die symbolisierte Unsicherheit.

Was passiert, wenn aus jener Unsicherheit Angst wird, erleben Hassan und seine MitstreiterInnen in den frühen 1990er-Jahren. Mit dem Zusammenbruch des sozialistischen Lagers und der DDR bricht jene Lebenswelt zusammen, die als grau und beengt empfunden wurde, aber im Gegensatz zum Kapitalismus Orientierung und Sicherheit bot. Eine nicht geringe Anzahl an Bürgerinnen und Bürgern der ehemaligen DDR kommen in der neuen Bundesrepublik als »Fremde im eigenen Land« an und bleiben es bis heute. Völlig desorientiert suchen jene Menschen eine neue Identität.

In diese Entwicklungen schalten sich die neuen und alten Nazis in Deutschland ein und finden einen fruchtbaren Boden. Schnell lassen sich Teile der orientierungslosen Masse für nationalistische und rassistische Parolen begeistern: Die Kategorien »Ausländer« und »Asylant« werden zur Projek-

tionsfläche für die zunehmende Wut und Ohnmacht. Man sucht Sinn und Orientierung in der Abgrenzung vom »Fremden« und »Anderen«. Flankiert von einer Kampagne gegen »Asylbetrug und Wirtschaftsflüchtlinge« der damaligen Bonner Regierung unter Kohl und der CSU, spitzen sich die Entwicklungen in den frühen 1990er-Jahren immer weiter zu. Den Höhepunkt dieser Entwicklung bilden die brennenden Asylheime von Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen, in denen vor allem vietnamesische Vertragsarbeiter der ehemaligen DDR leben, aber auch Flüchtlinge aus den kollabierten Satellitenstaaten der damaligen Sowjetunion, die in Richtung Westen fliehen.

Dem konnten und wollten Hassan und seine MitstreiterInnen nicht tatenlos zusehen. Die Tatsache, dass es in Leipzig und Umgebung keine Initiative oder Organisation gab, die sich für den Schutz und die Rechte von Flüchtlingen und Migranten einsetzt, veranlasst sie zur Gründung der »Gesellschaft für Völkerverständigung«. Als Dachverband koordiniert der Verein Gewerkschaften, Parteien, Kirchen und individuelle Akteure, die sich dem Humanismus verpflichtet fühlen. Den Mitgliedern des Vereins ist von Anfang an bewusst, dass die Gefahr des Faschismus nur gebannt werden kann, wenn man dieser Ideologie den Nährboden entzieht, auf dem sich ihre Plausibilität stützt: Die Angst vor dem »Fremden«. Für Hassan waren die meisten BürgerInnen keine Faschisten, aber es war klar, dass ohne beherztes Einschreiten aus einer Tendenz Tatsachen werden können.

Mit Formaten wie der »Aktion Toleranz« und den »Länderabenden« versucht die GfVv aktiv ein multikulturelles Zusammenleben in Leipzig und Umgebung zu fördern. Die Aktion Toleranz endet im Jahr 1995. Bis heute aber führt der Verein sein »multikulturelles Sommerfest« durch, das zunächst auf der Leipziger Agra abgehalten und heute in Connewitz als Sommerfest im Werk 2 weiterexistiert. Aber der Verein widmet sich nicht nur der Verständigung zwischen den Kulturen und dem Abbau von Vorurteilen und Ängsten, sondern leistet auch aktive Integrationsarbeit. Es werden Sprachkurse und Dolmetscherleistungen angeboten, Rechtsberatung geleistet und Menschen zu Terminen im Jobcenter oder dem Arzt begleitet.

Über die Jahre hat sich der Verein als feste Institution im zivilgesellschaftlichen Leben der Stadt Leipzig etabliert. Aber der Kampf von MigrantInnen um Selbstbestimmung und Gleichberechtigung dauert bis heute an und ist weiterhin geprägt von Enttäuschung und Rückschlägen. Mit Blick auf die

Ereignisse im Jahr 2015 zieht Hassan den Schluss, dass die humanistischen Kräfte versagt haben. Nicht zuletzt auch dadurch, dass die Linke als Bewegung in der Migrationsfrage gespalten ist und ein nicht geringer Teil wertvoller Zeit mit unnötigen ideologischen Grabenkämpfen vergeudet wird. Sehr deutliche Worte findet Hassan dabei für die Geschehnisse im Zusammenhang mit der Gründung des Migrantenbeirates und dem Umgang mit ihm seitens Verwaltung und Stadtrat. Mit sichtlich klarer Enttäuschung nennt er ihn »schäbig«. Enttäuscht wurde er dabei auch von unserer Partei, mit deren Zielen er sich seit seiner Jugend verbunden fühlt. Vor allem dadurch, dass streckenweise der Wille abhandengekommen scheint, Debatten in einem vernünftigen Rahmen zu führen. Aber Hassan, Petra sowie die Mitglieder und Angestellten des Vereins geben nicht auf. Getreu dem kästnerschen Imperativ »Es gibt nichts Gutes, außer man tut es!«, engagieren sie sich weiter für ein friedliches Zusammenleben der Menschen in Leipzig und Umgebung. Ich wünsche ihnen viel Erfolg und Freude dabei.



Für eine schnelle LINKE! Hilfe beim Seifenkistenrennen gesucht

Nach zwei Jahren Pandemie-bedingter Pause findet am 15. Mai endlich der 29. Prix de Tacot statt und der Fockeberg wird wieder zur heißesten Piste Leipzigs. Damit wir erneut einen erfolgreichen Renntag hinlegen können, werden noch HelferInnen gesucht.

Wer Interesse hat, unser Team „Rot Runner“ mit in Schwung zu bringen oder sich traut die rote Seifenkiste auf dem Fockeberg zu steuern, kann sich bei uns melden. Telefonisch unter: 0341 14064411 bei Steffi oder per Mail an Lisa:

📧 Lisa.Umlauft@dielinke-leipzig.de

Spontandemonstration zum „ACAB-Tag“

BO Wilder Osten Am 13.12.2021 kam es im Leipziger Osten zu einer Spontandemonstration, bei der nicht nur einige Autos von Anwohnenden, sondern auch die Scheiben der DiTiB-Moschee auf der Hermann-Liebmann-Straße zerstört wurden.

In den darauffolgenden Tagen gab es verschiedenste Reaktionen von diversen Gruppierungen und Personen zum Geschehen. Diese Spontandemonstration und die Gewalttaten, die von einigen Teilnehmenden ausgingen, fanden im Leipziger Osten statt, wo wir als Die Linke-Ortsverband organisiert sind. Daher ist es uns wichtig, ebenfalls ein Statement dazu abzugeben. In unseren Augen ist es notwendig, dafür ein wenig weiter auszuholen.

1.) Die Spontandemonstration

Der 13.12. war kein zufällig gewählter Tag. Übersetzt man die Zahlen in Buchstaben, bedeuten diese „ACAB“ – „All Cops Are Bastards“. Nicht nur, dass die traditionell anmutende Zelebrierung dieses Tages offenkundig von einigen mutmaßlichen sich als links verstehenden Menschen nicht reflektiert wird – auch ein derart regressiver Begriff wie der des „Bastards“ wird ohne kritische Prüfung des Inhalts verwendet.

Ursprünglich als abwertende Bezeichnung für uneheliche Kinder oder Nachkommen von Eltern aus unterschiedlichen Ständen, erhielt der Begriff durch Kolonialismus und Rassentheorie eine zutiefst rassistische Bedeutung. Im Nationalsozialismus wurden so genannte „Bastarde“ sogar zwangssterilisiert oder umgebracht. Somit stellt dieser Begriff nichts weiter als eine zutiefst rück-schrittliche Entmenschlichung der damit bezeichneten Personen dar, und hat nichts mir einer emanzipatorischen Kritik zu tun.

„Wie kann also „Bastard“ im Wortschatz vieler Linker einen Platz haben? Den Begriff mit sich herumzutragen, an Wände zu malen oder auf Demonstrationen zu rufen, ist vor dem Hintergrund linker, emanzipatorischer, antifaschistischer, antisexistischer und klassenkämpferischer Ansichten dringend diskussionswürdig.“ [1]

Wir lehnen die Benutzung solcher Begriffe oder Beschimpfungen wie „Bastard“ ab. Viele Menschen insbesondere hier bei uns im Leipziger Osten erleben jeden Tag die diskriminatorische Seite der Polizeiarbeit. Dies kann als respektlose Ansprache, Verharmlosung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen oder Racial Profiling geschehen. Eine notwendige linke Kritik an Polizei, Justiz und anderen Institutionen des staatlichen Gewaltmonopols lässt sich weder in Zahlen- oder Buchstabencodes, noch in der generel-

len Beschimpfung aller Polizist:innen ausdrücken – schon gar nicht im unreflektierten Abfeiern von „Traditionen“ wie dem 13.12.!

2.) Die Gewalteskalation

Wie uns berichtet wurde, ging die Gewalt auf dieser Spontandemonstration von einer kleinen Gruppe aus, welche wohl auch für Unmut unter den restlichen Teilnehmenden des Aufzugs sorgte. Dies können und wollen wir nicht beurteilen. Für uns steht jedoch fest, dass das Zerstören der Autos der Menschen hier im Kiez nichts mit irgendwas von dem zu tun hat, was wir unter emanzipatorischer Kritik verstehen. Dies war nichts anderes als stumpfe Gewalt. Solche Aktionen fördern in keiner Weise das Verständnis für linke Positionen – im Gegenteil.

Genauso fördert das Einschmeißen von Fenstern kein Verständnis für eine linke Kritik an islamistischen Institutionen oder für einer absolut gerechtfertigte und notwendige Kritik an DiTiB.

3.) Die Reaktionen

Als Reaktion auf diese Demonstration und die Ausschreitungen distanzieren sich viele linke Gruppen und Personen vor allem von dem Angriff auf die Moschee. Auch wir als Linke stehen auf der Seite der von Rassismus Betroffenen und sind solidarisch mit den dort Betenden, welche durch den Angriff verängstigt sind – das steht für uns außer Frage. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Menschen, vor allem Geflüchtete und von allen Rassismen Betroffene, in Sicherheit leben. Außerdem sind für uns Gebetsräume Rückzugsorte für Geflüchtete und Angehörige von unterschiedlichen Weltanschauungen. Von daher sind Angriffe auf sie unakzeptabel.

Doch manche Kommentator:innen sprachen gar von antimuslimischem Rassismus oder solidarisierten sich offen mit DiTiB (Diyanet İşleri Türk İslam Birliği, Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion). DiTiB als Institution repräsentiert nichts, womit sich Antifaschist:innen solidarisieren sollten. Solidaritätsbekundungen, Dialogangebote und Spendensammlungen für DiTiB sind für uns nicht verständlich.

DiTiB betreibt nicht die einzige Moschee im Leipziger Osten, wie mehrfach behauptet wurde. Es gibt weitere Moscheen und Gebetsräume in der direkten Umgebung. Diese wurden nicht angegriffen.

Völlig unverständlich ist für uns, dass in den Sozialen Medien plötzlich Statements von Personen geteilt und verbreitet wurden, die linkem, emanzipatorischen Denken und

Handeln völlig fern stehen. Als Beispiel sei ein vermeintlicher Gangsterrapper genannt, welcher sich nicht nur wiederholt sexistisch und homophob äußerte, sondern auch offen mit Nazis sympathisiert. Zudem sprach dieser Drohungen gegen ihm als links bekannte Menschen aus. In zeitlicher Nähe kam es dann zu Böllerwürfen auf das Jugend- und Kulturzentrum Conne Island und das LINKE-Büro „linxxnet“, die sich als Reaktionen darauf betrachten lassen. Bei letzterem wurden abgetrennte Schafsköpfe und ein Zettel mit Bezug zu der Moschee vor die Tür geworfen.

4.) DiTiB in Deutschland

Hier eine kurze Zusammenfassung unserer Hauptkritikpunkte an DiTiB. Sie enthalten Links zum Weiterlesen für Interessierte.

DiTiB (übersetzt: „die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion“) ist ein Ableger des türkischen Präsidium für Religionsangelegenheiten, genannt Diyanet. Diese Religionsbehörde schickt Beamte und Räte an Botschaften und Konsulate und ist zusätzlich für die Entsendung der Vorbeter und Imame zuständig. Diese werden als Staatsbeamte von den Konsulaten beaufsichtigt und bezahlt. Diyanet untersteht direkt dem türkischen Präsidenten.

Somit werden nicht nur die Personalien in den DiTiB-Moscheen, sondern auch die Inhalte zentral eingesetzt, gesteuert und überwacht. Vorgaben für anzusprechende Themen oder Gebete, sowie weitere Propaganda, kommen direkt aus der Türkei, und werden in den deutschen Moscheen umgesetzt.

Nicht nur Kurd:innen nehmen diesen Verband als den verlängerten Arm der AKP in Deutschland wahr. In der jüngsten Vergangenheit gab es schwere Beschuldigungen gegen Imame von DiTiB, dass sie Gegner und Kritiker:innen des türkischen AKP-Regimes bespitzeln würden und Informationen in die Türkei geschickt hätten. Solche Kritiker:innen wurden in der Vergangenheit häufig als Staatsfeinde betitelt und auch in Deutschland bedroht oder angegriffen. [2]

Außerdem gibt es Aufzeichnungen von gemeinsamen Veranstaltungen mit den islamistischen Muslimbrüdern, und dass Kinder in Militäruniformen Kriegsszenen nachspielten. Funktionäre der Religionsgemeinschaft äußerten sich mehrfach antisemitisch, rassistisch und geschichtsrevisionistisch. [3] Außerdem gibt es Kooperationen zwischen DiTiB-Gemeinden und den faschistischen „Grauen Wölfen“ [4]. Die "Grauen Wölfe" sind eine offen islamistische und nationalistische Organisation, welche u.A. durch ihren Hass auf Kurd:innen und Linke bekannt wurden.

Immer wieder gibt es Berichte von Besucher:innen, dass in DiTiB-Gemeinden offen gegen Kurd:innen Hass geschürt und türkisch-nationalistische Propaganda verbreitet wird. [5] Außerdem gibt es einige Muslim:a, welche aus den aufgeführten Gründen eben nicht eine solche Moschee aufsuchen und lieber zu Hause beten, oder einen weiteren Weg zu anderen Gebetsräumen, auf sich nehmen, weil sie genau wissen, was in DiTiB-Moscheen gepredigt wird.

Es ist ein allgemeines, deutsches Problem, dass große Institutionen wie DiTiB offensichtlich nicht gut genug geprüft werden. Alternative und unabhängige Gebetsangebote werden nicht hinreichend gefördert oder, wie im Falle einiger kurdischer Vereine, sogar kriminalisiert und verfolgt. Gerade dies darf nicht dazu führen, dass sich mit Vereinen wie DiTiB solidarisiert wird.

5.) Unser Fazit

Vielleicht ist es an der Zeit für ein Plädoyer: ein Plädoyer für weniger blinden unachtsamen Aktionismus. Sowohl die Spontandemonstration und die dort stattfindende Gewalt, als auch einige Reaktionen darauf sehen wir als genau dies.

Das Abfeiern stumpfer Parolen ist für uns keine emanzipatorische Kritik, der Einsatz von Gewalt um der Gewalt willen ist in unseren Augen kein politisches Mittel. Zeitgleich verwehren wir uns gegen jede Zusammenarbeit mit DiTiB, der AKP, den Grauen Wölfen und anderen islamistischen, faschistischen oder anderweitig regressiven Institutionen und Organisationen. Das Reagieren um der Reaktion Willen ohne eine notwendige Sammlung und Prüfung der Fakten führt nur dazu, dass sich wohlmeinende Deutsche mit türkischen Faschisten solidarisieren. Unsere Solidarität als Ortsverband der Linken gilt den Geschädigten hier im Kiez und allen, die durch die Gewaltausübung in Angst versetzt wurden.

Für einen universalistischen Antifaschismus!

- [1] <http://rotehilfegreifswald.blogspot.de/2012/12/13/warum-a-c-a-b-scheisse-ist/>
 [2] <https://hpd.de/artikel/kritik-antitib-lebensgefahrlisch-19460>
 [3] <https://www.welt.de/politik/deutschland/article235215762/Ditib-Funktionaere-Sie-verehren-Faschisten-und-wuenschen-Israelis-den-Tod.html>
 [4] <http://raccoons.blogspot.de/2018/12/02/pressemitteilung-islamistisches-grossevent-ditib-kooperiert-mit-grauen-woelfen/>
 [5] z.B. hier: <https://schmalleunddiewelt.wordpress.com/2019/06/15/ein-gefluchter-bericht-uber-seine-zeit-bei-ditib/>

Warum herrscht Krieg in der Ukraine?

Thomas Kachel Zu den Hintergründen des Konflikts im Osten Europas

Wir alle sind noch immer geschockt. Krieg in Europa - vor unserer Türschwelle. Seit 23 Jahren wieder. Schlimme Bilder. Russische Panzer in ukrainischen Straßen. (Und die nationalistischste Rede, die je ein Kreml-Chef seit den Zeiten Gorbatschows gehalten hat). - Viele, allzu viele haben es jetzt schon immer gewusst. Wer die Bösen sind, wer die Guten sind. Zwischentöne, Selbstzweifel gar sind nicht gefragt. Da muss nichts mehr erklärt werden. Das vorgefertigte moralische Urteil ersetzt Politik.

Die LINKE ist Friedenspartei. Wir sind uns einig über die verbrecherische Rolle eines Wladimir Putin, über die skrupellose Kaltblütigkeit seiner Entscheidung für den Einmarsch in die Ukraine. Diese Entscheidung liegt allein auf den Schultern des Mannes im Kreml. Aber: ist das alles, was es dazu zu sagen gibt? Wie kam es denn zu der Situation, in der diese Entscheidung fiel? Für die Antwort ist es wichtig, sich die Hintergründe und die Entwicklung vor dem Krieg noch einmal zu vergegenwärtigen.

Eine wesentliche Ursache für diese Konfrontation ist eben z.B. die Art und Weise, wie die Europäische Union die Spaltung der ukrainischen Bevölkerung in eine pro-westliche und pro-russische Hälfte instrumentalisierte. Der alte Präsident Janukowitsch hatte noch 2013 einen Spagat zwischen EU-Assoziation und der Mitgliedschaft in Russlands Zoll-Union angestrebt, um beiden Bevölkerungsgruppen gerecht zu werden. Der damalige EU-Kommissionspräsident Barroso zerstörte diese Möglichkeit mit seinem Ultimatum,ⁱ es kam zum gewaltsamen Umsturz von 2014, worauf Russland seinerseits mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim reagierte.ⁱⁱ

Seitdem eskalierte im pro-russischen Donbass der Kampf mit von Russland unterstützten Separatisten. Dabei terrorisierte die ukrainische Armee jahrelang die Bewohner der Städte Donezk und Lugansk mit Artilleriebeschuss,ⁱⁱⁱ ein Menschenrechtsbruch, der eine vierstellige Anzahl von zivilen Opfern gefordert haben dürfte:^{iv} Man stelle sich vor, die spanische Zentralregierung würde Barcelona jahrelang mit Artilleriefeuer belegen, um so die katalanische Unabhängigkeitsbewegung zu bekämpfen ... Die nationalistische, pro-westliche Regierung in Kiew diskriminiert nach wie vor ihre russischsprachigen Mitbürger (z.B. durch neue Sprachengesetze^v), und die EU duldet das offen - ein Umstand, der wiederum von der russischen Führung für russisch-nationalistische Töne ausgenutzt wird.^{vi} Die Tonlage in Putins Rede vom 24.2. und die Reden Zelenskjis nach Kriegseintritt zeigen deutlich,

welche entscheidende Rolle die jeweiligen nationalistischen Ideologien in beiden Lagern spielen.

Auch die NATO trägt entscheidende Mitschuld an der Eskalation: Über 20 Jahre wurde die russische Regierung nicht müde zu betonen, die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine wäre eine rote Linie für russische Sicherheitsinteressen - schon mal wegen möglicher Raketenstationierungen in ‚Sichtweite‘ russischer Städte. Die NATO verschloss 20 Jahre lang ihre Ohren. Gregor Gysi hat es in einem kürzlichen Interview auf den Punkt gebracht: ‚Hätte es die NATO-Osterweiterung nicht gegeben - wir hätten diesen Krieg jetzt nicht.‘

Gerade wir Deutschen sollten - aus blutiger historischer Verantwortung für beide Länder - besondere Anstrengungen unternehmen, dass dieser ‚Bruder-Krieg‘ so schnell wie möglich beendet wird. Es ist richtig, dass Moskau die Tür für eine friedliche Verständigung über die Sicherheitsinteressen beider Länder erst einmal laut zugeknallt hat. Trotzdem bleibt es dabei: die Ukraine hat nur als neutrales Land, im Sinne einer nicht-nationalistisch verstandenen Staatlichkeit zwischen EU und Russland, eine Chance auf eine gemeinsame friedliche und gedeihliche Entwicklung. Das Land verdient Sicherheitsgarantien genauso wie Russland. Dies ist die Grundlage für einen gerechten Frieden, wie ihn die LINKE fordert. Die grausige Ironie ist, dass der Westen dies bislang verweigert hat - beiden Ländern.

- i Das Ultimatum machte den geopolitischen Machtanspruch der EU auf alleinige Mitgliedschaft der Ukraine genauso deutlich wie die russischen Verlautbarungen dazu: <https://www.derstandard.at/story/1361241226412/eu-stellt-ukraine-vor-die-wahl>
 ii <https://www.nzz.ch/international/ukraine-chronologie-der-maidan-revolution-ld.1290571>
 iii <https://www.crisisgroup.org/content/conflict-ukraines-donbas-visual-explainer>
 iv Berichte des UNHCR belegen, dass bis zu 80% aller getöteten Zivilisten in der Ostukraine zu einem gewissen Zeitpunkt in den Gebieten der sog. Volksrepubliken getötet wurden - v.a. durch den Beschuss von außerhalb, d.h. der Regierungstruppen oder ihrer verbündeten Milizen. Vgl. <https://strana.news/news/354598-oon-doklad-po-pravam-cheloveka-v-ukraine-2021-hlavnoe.html> (via google - Übersetzung engl.)
 v Vgl. <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/ukraine-neues-sprachgesetz-soll-das-russische-zurueckdraengen-17736397.html>
 vi Vgl. z.B. Rede Lawrow vor dem Menschenrechtsrat der UN, 1.3. 2022. <https://www.youtube.com/watch?v=q85GvOoz8hw>

Modernisierung und falsche Versprechen

Alexander Schmidt und Christian Anneck Rezension des Märzheftes der Zeitschrift für marxistische Erneuerung

Den Schwerpunkt im Heft 129 der „Zeitschrift Marxistische Erneuerung“ bilden Beiträge zur zunehmenden Vervielfältigung und Verflechtung von Produktions- und Distributionsbeziehungen in Form von globalen Waren- und Wertschöpfungsketten. Christian Christen analysiert den sich verschärfenden Widerspruch zwischen Zentrum und Peripherie und zeigt die Verwundbarkeit und Krisenanfälligkeit auf, die mit einer zunehmenden Vernetzung in Form von Produktionsverlagerung und Liberalisierung des Welthandels einhergeht und untersucht Möglichkeiten für Reformen. Christin Bernhold widmet sich in ihrem Aufsatz der theoretischen Entwicklung der GWK-Analyse innerhalb der Weltsystemtheorie und der späteren Vereinnahmung des Ansatzes durch die "Mainstream-Forschung". Sie stellt klar heraus, dass die dort vorgeschlagenen "Upgrading-Strategien" entgegen den Annahmen ihrer Befürworter nicht die soziale und ökonomische Lage der Beschäftigten verbessern. Christoph Scherrer wiederum legt den Fokus vor allem auf die Machtbeziehung zwischen Zentrum und Peripherie und versucht mit den Begrifflichkeiten Gramscis das institutionelle Gefüge zu untersuchen, in dem sich der Machtanspruch transnationaler Konzerne objektiviert und damit der Reproduktion ihrer hegemonialen Stellung im modernen Weltssystem dient.

Intan Suwandi et. Al. legen in ihrem Beitrag den Blick auf den Prozess der Wertschöpfung und zeigen anhand der Entwicklung von "Lohnstückkosten" die Ausbeutungsmöglichkeiten von Offshoring-Praktiken. Im Ergebnis zeigt sich, dass der entscheidende Punkt nicht, wie von der GWK-Analyse argumentiert, im "ungleichen Tausch" liegt, sondern in der Sphäre der Produktion. Anhand von Daten lässt sich der von Bernhold geäußerte Vorwurf, dass „Upgrading-Strategien“ mit falschen Versprechen hantieren, empirisch nachweisen: Produktivitätszuwächse drücken sich in der Regel weder in steigenden Löhnen aus, noch kommt es zu einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Benjamin Selwyn führt in seinem Artikel aus,

dass nach Überwindung der Profitkrise der 1970er Jahre globalisierte Produktionszusammenhänge ein zunehmend wichtiges Element der unternehmerischen Wettbewerbsstrategien wurden. So bestehe der Welthandel heute zunehmend aus Warenströmen zwischen den in verschiedenen Ländern beheimateten Filialen eines Konzernzusammenhangs. Die Konzerne nutzen die Tatsache, dass die Zulieferbetriebe des Globalen Südens zwar hoch produktiv sind, die Lohnkosten aber durch das niedrige Reproduktionsniveau und schwache Arbeiterorganisationen begrenzt werden.

In Folge der Corona-Krise ging es diesmal, so Romy Siegert und Max Waclawczyk in ihrem Artikel, primär um die Anpassungsfähigkeit, und nicht um Menschenrechte und Umweltschutzstandards von Lieferketten. Die politische Mobilisierung gegen die Ausbeutung von Beschäftigten in globalen Lieferketten sei immer auch von Zyklen öffentlicher Aufmerksamkeit getragen. Die sich entwickelnde Corona-Pandemie rückte die Lieferketten von Unternehmen ins Licht der Öffentlichkeit. Für entsprechende Ansätze transnationaler Gewerkschaftsarbeit bieten sich hier historische Möglichkeiten. Aus gewerkschaftspolitischer Sicht führe kein Weg an der Beteiligung der Beschäftigten und ihrer Arbeitnehmervertretungen vorbei, um nennenswerte Veränderungen und wirkliche Verbesserungen zu erzielen. Der Auf- und Ausbau internationaler Gewerkschaftsnetzwerke spiele dabei eine zentrale Rolle. Letzten Endes müsse deshalb die konkrete Gewerkschaftsarbeit vor Ort – sowohl im nationalen wie transnationalen Kontext – auch in eine weltweite Kapitalismuskritik münden.

Eine Konkretisierung der Möglichkeiten und Strategien transnationaler gewerkschaftlicher Arbeit geben Tatiana López und Michael Fütterer. Sie skizzieren die Situation von Landarbeitern in Brasilien auf Orangengplantagen und Beschäftigten in der Bekleidungs- und Orangensaft-Industrie. Die Arbeiter treten für eine Zusammenarbeit mit

Arbeitern und Gewerkschaften auf anderen Ebenen ein. Die Autoren diskutieren in diesem Artikel die Ursachen und Hintergründe sozialer Konflikte um Arbeitsbedingungen in globalen Warenketten. Damit stehen die Auseinandersetzungen beispielhaft für transnationale Gewerkschaftsarbeit.

Die Rubrik „kapitalistische Transformation“ sammelt Beiträge, die sich mit den im Ampel-Koalitionsvertrag formulierten Regierungsprogrammen auseinandersetzen. Das Stichwort Modernisierung: Aber auch wenn von gesellschaftlichem und kulturellem Fortschritt gesprochen wird, liegt der Fokus bei näherer Betrachtung nicht auf der Lösung sozialer und ökologischer Probleme, sondern auf dem Ausbau der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Auch das Programm der aktuellen Koalition beschränkt den Staat auf die Rolle des ideellen Gesamtkapitalisten und den Rahmen für Lösungskonzepte auf die Profit- und Wachstumslogik des Kapitals.

Die Beiträge in der Rubrik „Marx-Engels-Forschung“ widmen sich zum einen der Debatte um Marxens sechsgliedrigen Aufbauplan und der Dialektik von Produktion und Distribution für die Bestimmung von Warenwerten.

Weitere Beiträge beschäftigen sich unter anderem mit der spezifischen Situation der Geschlechterverhältnissen in der Corona-Krise, dem Umbruch in der Automobilindustrie und die Rolle der Digitalisierung und Elektrifizierung, der Eigentumsfrage im 21. Jahrhundert und der Situation Afghanistans nach dem 2. Weltkrieg.

Ebenso finden sich wie gewohnt im Heft auch Kommentare zu aktuellen Debatten wie dem Konzept des Klassismus aus marxistischer Perspektive und eine Reihe Besprechungen leistungswertender Monografien. Dieses Mal von der Einführung in den Marxismus, über Fragen der Klassenanalyse hin zu verführten Abgesängen auf eine noch nicht ganz tote Europäische Union.

Wir suchen Sachverständige im Stadtverband!

Christian Schäfer und William Rambow
Ihr wollt eine Veranstaltung organisieren und euch kommen beispielsweise solche Fragen auf: Wer kann über das bestimmte Thema sprechen? Wer layoutet den Flyer oder wer kennt sich mit dem Technikaufbau aus?

Als Stadtvorstand möchten wir deshalb eine frei verfügbare Referent*Innen-Liste erstellen. Das Ziel ist, dass Genoss*Innen, die

gern eine Veranstaltung durchführen möchten, einen schnellen Überblick über mögliche Themen und passende Referierende erhalten und in der Liste auch Kontaktmöglichkeiten finden, wie sie die Referierenden erreichen können. Die Liste soll dann online parteiöffentlich zur Verfügung gestellt werden und aktuell gehalten werden. Um diese Referent*Innen Liste zu erstellen, brauchen wir eure Hilfe. Ihr habt Themen bzw. Schwerpunkte, über die ihr fachkundig erzählen

könnt oder besitzt gewisse Fähigkeiten/Skills z.B. Layouten von Flyern, den Aufbau der Technik für Veranstaltungen oder kennt euch mit Livestreams aus.

Dann sendet gerne Namen, Themen, Fähigkeiten und eine Kontaktmöglichkeit (E-Mail-Adresse/Telefonnummer) an:

📧 william.rambow@dielinke-leipzig.de
oder christian-schaefer@posteo.de

Eine Wohnung für Wohnungslose mit sozialer Begleitung

Siegfried Schlegel In größerem Umfang sollten in den zurückliegenden Jahrzehnten Wohnungs-, Gesellschafts- und Kommunalbauten auch in Leipzig abgebrochen werden. Diese waren in monolithischer und überwiegend in industrieller Montagebauweise errichtet worden. Ersatzneubauten hätten einen dreistelligen Millionenbetrag verschlungen. Durch vollzogene Abrisse beispielsweise von zwei Typenschulgebäuden wie in der Telemannstraße (Innere Westvorstadt) wurde ein zweistelliger Millionenbetrag „verbrannt“ auch weil dadurch unnötigerweise eine Tiefengründung abgerissen und zusätzlich für den Schulneubau eine neue gebaut werden musste. Dies war schon bei der Beschlussfassung zum Abriss und Ersatzneubau durch DIE LINKE im Stadtrat thematisiert worden. Hingegen konnte der vorgesehene Abriss der ehemaligen Arthur-Hoffmann-(3.) Grundschule in der Bernhard-Göring-Straße auf Grund eines Antrags im Stadtrat und nach Einlenken der Stadtverwaltung verhindert werden.

Wie die Typenschulen wurden zahlreiche der seit den 1970er Jahren in industrieller Montagebauweisen errichteten über 100 Kinderkombinationen – darunter des Typs „Ratio 72 Kiga/Kikri 180/90“ mit 270 Plätzen im Rahmen des komplexen Wohnungsbau in Leipzig und auf Einzelstandorten inzwischen saniert, modernisiert und auch bauphysikalisch auf den neuesten Stand gebracht. In Einzelfällen erfolgte auch eine Umnutzung, wie in der Friedrichshafener Straße, die zu einem Behindertenwohnraum umgestaltet wurde. Trotzdem hatte die Stadtverwaltung in diesem Jahr eine Vorlage für den Abriss einer weiteren Kita in der Friedrichshafener Straße 147 und Errichtung eines Ersatzbaus an gleicher Stelle empfohlen. Ein Änderungsantrag der Fraktion die Linke erwirkte, dass der Oberbürgermeister in der Debatte den Vorschlag aufgriff und die Prüfung der Nachnutzung des Bestandsgebäudes in die Vorlage aufnahm. Trotzdem steht immer noch der Abriss der Kindertagesstätte Krönerstraße in Anger-Crottendorf im Raum. Diese wurde in monolithischer Ziegelbauweise mit Füllkörper-Decken gebaut. Die zur gleichen Zeit um 1970 errichteten baugleichen Einrichtungen in der Hohestraße und der Nordstraße wurden bereits vor Jahren saniert.

Ein volkswirtschaftlicher Schaden von mehr als einer viertel Milliarde Euro allein in Leipzig entstand durch die infolge der Alt-schuldenregelung von Bund und Freistaat erzwungenen Totalabriss von Gebäuden mit mehr als 10.000 baulich intakten Wohnungen, obwohl es alternative Vorschläge zum Teilrückbau oder zum „Einmotten“ gab. Hingegen hatte die Wohnungsbaugenossenschaft (WBG) Kontakt auf eigene Kosten ohne Förderung in der Grünauer Ura-

nusstraße an mehreren Wohnblöcken einen Teilrückbau von 6 auf 4 Wohngeschosse abschnittsweise bis 2010 vorgenommen. Die 4 verbliebenen Wohngeschosse wurden umfassend saniert und im obersten Geschoss Wohnungen mit großzügigen Terrassen gestaltet. Nach Jahren des Bevölkerungsrückgangs bis Anfang der 2000er und Stagnation in der Bevölkerungsentwicklung bis 2008 gibt es in Leipzig seit Mitte der 2010 Jahre ein anhaltendes Bevölkerungswachstum. Wohnungsmarktakteure in allen Eigentumsformen reagieren darauf mit Neubau. So die LWB in innerstädtischen Quartieren sowie in Neulindenu und im Lindenuer Hafen. Für die WBG Kontakt wurde in Paunsdorf ein Hochhaus in einer Beton-Holz-Mischkonstruktion gebaut. An der Kotsche im Grünauer WK 8 wurden nicht nur 6-geschossige Wohnblöcke saniert, sondern auf einzelnen Wohnblöcken ein 7. Geschoss aufgesetzt mit großzügig geschnittenen Wohnungen. Die etwas teureren Mietwohnungen bewirken durch Quersubventionierung in den sanierten Wohnungen preisgünstige Mieten. Ab 1989 schwappte die bereits in den 1970-er Jahren in Westeuropa entstandene Betonphobie-welle auch in den Osten über. Aus Bauarbeitern wurden über Nacht „Plattenknechte“. Die ersten Plattenbauten wurden zu Beginn der 1930er Jahre in Paris gebaut und nicht, wie vielfach angenommen, in der Sowjetunion. Das Pantheon ist mit fast 1.900 Jahren in gutem baulichen Zustand eines der wichtigsten Sehenswürdigkeiten Roms und zählt zu den ältesten Betonbauten weltweit. Es hat Architekturgeschichte geschrieben u. a. weil es der innovativste und über ein Jahrtausend lang der größte Kuppelbau der Welt war und bis heute die größte unbewehrte Kuppel aus Beton besitzt. Es diente jahrhundertlang als Vorlage für viele bedeutende Kuppelbauwerke auf der ganzen Welt. Nachdem Mitte des 19. Jahrhunderts die ersten Stahlbetonbauteile – nach dem französischen Erfinder und Gärtnermeister Monier benannt – Verwendung fanden, entstanden erst zur Jahrhundertwende die ersten reinen Stahlbetonbauwerke in Europa. Als erstes nach dem System von François Hennebique in Stahlbetonbauweise erbaute Bauwerk Deutschlands gilt der von der Leipziger Firma Eisenbetonbau Max Pommer 1898/99 unter dem Architekten Max Pommer ausgeführte Erweiterungsbau der Notendruckerei Carl Gottlieb

Röder Gerichtsweg 5-7 und Perthestr. 1-3 in Leipzig. Aus Gründen der Nachhaltigkeit sowie des sparsamen Umgangs mit Baustoffen, Energie und vergegenständlichter Arbeit sowie aus Respekt vor den Leistungen der Bauschaffenden zurückliegender Jahre ist für Gebäude bzw. -strukturen ist auch in Leipzig seit Jahren ein Nachnutzungsgebot überfällig. Über Letzteres wird in den Nachnutzungsdebatten aber so gut wie überhaupt nicht gesprochen.

Dennoch werden immer wieder Verwaltungsvorlagen eingebracht, die den Abriss bestehender Einrichtungen und Neubau an gleicher Stelle vorschlagen. Die Linksfraktion im Stadtrat hält es deshalb dringend geboten – auf der Grundlage gründlicher Prüfungen – einer Nachnutzung deutlich mehr Gewicht zu geben und der Sanierung und dem Erhalt den Vorrang vor Abriss und Neubau einzuräumen. Auf jeden Fall sollte eine solche Abwägung nachvollziehbar Bestandteil von Beschlussvorlagen sein.

Deshalb hat die Linksfraktion den im Arbeitskreis 3 intensiv beratenen Antrag VII-A-06818 „Nachnutzungsgebot für Gebäude“ gestellt. Darin heißt es im Beschlussvorschlag: Der Stadtrat beschließt ein grundsätzliches Nachnutzungsgebot für Gebäude, d. h. den weitreichenden Vorrang von Sanierung vor Abriss und Neubau. Vor Planungs- und Baubeschlüssen für städtische Gebäude und bauliche Anlagen sowie für Bauvorhaben, die öffentlich gefördert werden sollen, sind zwingend u.a. technische, wirtschaftliche und ökologische Nachnutzungsprüfungen insbesondere im Vergleich zum Neubau durch Architekten und Fachingenieure durchzuführen und die Ergebnisse durch diese zu dokumentieren. Konkrete Kriterien legt auf Vorschlag der Verwaltung der Stadtrat bis zum 30.09.2022 fest. Auf dieser Grundlage erfolgt die Entscheidung für Sanierung oder Abriss und Neubau und die entsprechende Erarbeitung für die Planungs- und Baubeschlüsse.



Wegen anhaltendem Bevölkerungswachstum hat die WBG Kontakt An der Kotsche im Grünauer WK 8 rund 200 Wohnungen aktenfreundlich modernisiert und auf einem Wohnblock4 zusätzliche Wohnungen durch Aufstockung geschaffen.

Würdige Grabanlage für Opfer des Kapp-Putsches auf dem Südfriedhof

Volker Külow Anlässlich des 100. Jahrestages der erfolgreichen Niederschlagung des Kapp-Putsches beschloss der Leipziger Stadtrat am 7. Juni 2020 auf Antrag der Linksfraktion das würdige Gedenken an die seinerzeitigen Opfer der Leipziger Arbeiterbewegung. Bis zum 100. Jahrestag der Einweihung der Grabanlage, die am 19. März 1922 in Anwesenheit von 80.000 Menschen auf dem Südfriedhof stattgefunden hatte, sollten die beiden noch bestehenden Gedenkorte (der zweite ist ein Gedenkstein auf dem Friedhof Leutzsch) wieder in einen angemessenen Zustand versetzt werden.

Zur Erinnerung: Am 13. März 1920 unternahm konterrevolutionäre Kräfte unter Führung von General Walter von Lüttwitz und dem Ministerialbeamten Wolfgang Kapp den Versuch, die Regierung zu stürzen und die im Gefolge der Novemberrevolution entstandene Weimarer Republik zu beseitigen. Den entscheidenden Anteil am Scheitern des militärischen Umsturzversuchs nach wenigen Tagen hatte der größte Generalstreik in der deutschen Geschichte, an dem sich 12 Millionen Menschen beteiligten.

Im Zuge der erfolgreichen Niederschlagung des Kapp-Putsches kam es auch in Leipzig zu schweren Kämpfen, die in der zeitgenössischen Publizistik als „Leipziger Revolutionswoche“ bezeichnet wurden. Bei diesen gewalttätigen Auseinandersetzungen kamen nach offiziellen Polizeiangaben rund 150 Menschen ums Leben, vornehmlich Arbeiterinnen und Arbeiter, die sich an Protestaktionen gegen den Putsch aktiv beteiligt und die noch junge Demokratie verteidigt hatten.

Die Übergabe der restaurierten und in Teilen neu gestalteten Gedenkstätte in den Bestand der Kommunalen Friedhöfe der Stadt Leipzig erfolgte am 19. März 2022 und damit exakt 100 Jahre nach ihrer Einweihung. Mit großem Fleiß und viel Herzblut hatten Mitglieder der Paul-Benndorf-Gesellschaft in hunderten Arbeitsstunden der Grabanlage in der XIX. Abteilung des Südfriedhofs ihr jetziges Erscheinungsbild gegeben und dabei vorbildliche Restaurierungsarbeit geleistet. Die Federführung dieses Projektes lag in den bewährten Händen von Heinz-Joachim Halbach, dem stellvertretenden Vorsitzenden der Paul-Benndorf-Gesellschaft, der auch die historischen Hintergründe dieser Grabanlage sorgfältig und umfassend aufgearbeitet und dabei den weiten Geist dieses Ortes adäquat erfasst hat.

Bei herrlichem Sonnenschein spielten am 19. März 2022 Musiker des Leipziger Kammerorchesters musica viva Eingangs

das Stück „Ich warte dein“ - unter diesen Klängen senkte man einst die Särge der 38 hier bestatteten Opfer ins Grab. Nach der Begrüßung der etwa neunzig anwesenden Teilnehmer durch Alfred E. Otto Paul, Vorsitzender der Paul-Benndorf-Gesellschaft, dankte Leipzigs Bürgermeister Heiko Rosenthal (DIE LINKE) herzlich für das große ehrenamtliche Engagement, würdigte das gute Miteinander zwischen der Verwaltung des Südfriedhofes und der Paul-Benndorf-Gesellschaft und enthüllte anschließend eine Informationstafel zur Geschichte der Gedenkstätte.

Vor diesem feierlichen Akt würdigte der LINKE-Stadtrat und Geschichtslehrer Marco Götze in einer berührenden Rede den damaligen Kampf der Leipziger Arbeiterbewegung gegen die rechten Putschisten und verlieh seiner Überzeugung Ausdruck, „dass die vielfältige Erinnerungskultur unserer Stadt und zwar in all ihrer nötigen Bandbreite wahrgenommen, geschätzt und ergänzt wird. Ich verbinde mit dem heutigen Tag auch die Hoffnung, dass wir dies in nicht allzu ferner Zukunft schaffen mögen, das Ereignis auf dem Augustusplatz daselbst mit der beschlossenen Bodenplatte zu verankern.“

Damit verwies Marco Götze auf den Teil des

Stadtratsbeschlusses, der noch seiner Umsetzung harret. Für die geplante Bodenrelieftafel ruft das Kulturamt weiterhin zu Spenden auf. Am 14. März 2020 hatte der Überfall reaktionärer Kräfte auf Leipziger Arbeiter und Arbeiterinnen auf dem Augustusplatz mindestens 15 Tote und 40 Verwundete gekostet. Bisher ist schon mehr als die Hälfte der notwendigen Mittel in Höhe von 10.000 Euro gesammelt worden. Jetzt gilt es, auch noch den „Rest“ erfolgreich einzuwerben. Für unterstützende Spenden zur Finanzierung der Bodenplatte hat die Stadt Leipzig folgendes Konto eingerichtet: **IBAN DE 76 8605 5592 1010 0013 50**. Der Verwendungszweck lautet: 5.0978.000003.1. Ergänzt werden kann: "Gedenken Kapp-Putsch", die Nennung ist aber nicht zwingend notwendig. Die Leipziger LINKE unterstützt selbstverständlich diesen Spendenaufruf und bittet ihre Mitglieder um aktive Mitwirkung.



Foto: Heinz-Joachim Halbach



Foto: Kay Kamieth



3 Bilder aus dem März

Bild links oben: Anlässlich des Internationalen Frauentages am 8. März 2022 waren wir im gesamten Stadtgebiet unterwegs und haben über 3.000 rote Nelken mitsamt dem entsprechenden Infomaterial verteilt. Auch am Denkmal einer der Initiatorinnen des Frauentages, Clara Zetkin, wurden dabei Blumen niedergelegt und ihrem Wirken mit einer Ansprache gedacht.

Bild rechts oben: Am 25. März 2022 gab es einen, von Fridays for Future organisierten globalen Klimastreik. Er hatte das Motto: „People not Profit – für Frieden und Klimagerechtigkeit“. Neben unseren Leipziger GenossInnen beteiligten sich tausende Menschen daran. Infos und Aufkleber zum Thema antikapitalistischer Klimaschutz und soziale Energiepreise gibt es in unserer Geschäftsstelle im Liebrecht-Haus.

Bild rechts unten: Unter dem Motto „Stoppt den Krieg! Frieden und Solidarität für die Menschen in der Ukraine“ demonstrierten am 13. März 2022 tausende Menschen in Leipzig auf der Straße. Das Ziel sind Friedensverhandlungen, die in einem atomwaffenfreien Europa gemeinsamer Sicherheit, des Friedens und der Abrüstung unter Einschluss von Ukraine und Russland münden.

500€ Spende an Kontaktstelle Wohnen e.V.

Sören Pellmann Im Namen des Vereins unserer Bundestagsfraktion konnte ich Vorstandsmitglied Andreas Dohrn der Kontaktstelle Wohnen e.V. einen großen Scheck im Wert von 500,-€ übergeben.

Zurzeit werden dringend Wohnungen für längerfristige Anmietung für ukrainische Flüchtlinge gesucht. Wenn ihr helfen könnt, dann bitte direkt an die Kontaktstelle Wohnen e.V. melden:

📞 www.kontaktstelle-wohnen.de

Der Verein engagiert sich in verschiedenen Projekten im Stadtteil Alt-Lindenau, leitet das Quartiermanagement Grünau und betreut und hilft Geflüchteten.



kurz & knackig

Redaktion Kurze Notizen aus der Partei

- **Frauenpreis:** DIE LINKE lobt wieder den Clara-Zetkin-Frauenpreis aus. Damit sollen herausragende Leistungen von Frauen in Gesellschaft und Politik gewürdigt werden. Fraueninitiativen oder Projekte können sich selbst bewerben oder von Mitgliedern der LINKEN vorgeschlagen werden. Bis zum 8. Mai 2022 ist die möglich. Die Preisvergabe findet am 24. Juni 2022 statt. Mehr Infos hier: www.die-linke.de/frauenpreis
- **Appell:** Demokratie und Sozialstaat bewahren - Keine Hochtürmung ins Grundgesetz! Wir sind konfrontiert mit Krieg und unendlichem Leid, mit Flucht, mit Armut und sozialer Unsicherheit, mit einer globalen Pandemie, einem auf Kante genähten Gesundheitssystem, mit einer Klimakatastrophe... Die geplante Aufrüstung macht unsere Welt nicht friedlicher und nicht sicherer. Wir können sie uns im Namen der Zukunft nicht leisten. Hier zum Aufruf: www.derappell.de

Neue Kita am Lene-Voigt-Park

Siegfried Schlegel Am 15. März beschloss der Stadtrat einstimmig den Bau einer Kita in der Reichpietschstraße. Zu den Standortvorzügen gehören neben der Lage inmitten des Stadtteils Reudnitz-Thonberg und die geringe Lärmbelastung auch die Nachbarschaft zum Erholungs- und Freizeitpark Lene-Voigt-Park. Diesen können die Kindergruppen erreichen, ohne eine Straße zu queren. 1993 brachte die Stadtverordnete Margitta Hollick aus einer Einwohnerversammlung die Anregung mit, den noch bis Anfang der 1960er Jahre genutzten Güterbahnhof Eilenburger Bahnhof als öffentliche Grünzone nachzunutzen.

Die damalige PDS-Fraktion machte sich Gedanken, wie ein solches vorher verkehrlich genutztes und gewidmetes Areal bauplanerisch und bauordnungsrechtlich langfristig gesichert und nicht mittelfristig wieder bebaut werden kann. Deshalb stellte sie im Jahr 1993 erstmalig in Leipzig den Antrag für einen rechtsverbindlichen Bebauungsplan für einen Grünzug, der ohne bauliche Unterbrechung gleichzeitig auch eine stadtklimatische Funktion haben sollte. Dies geschah auch vor dem Hintergrund, dass der Flächennutzungsplan nach BRD-Recht erst 1994 beschlossen wurde. Die Nummer 90.1.1 des B-Plans für den ehemaligen Eilenburger Bahnhof offenbart, dass sich nur innerhalb von 4 Jahren zwar ein gewolltes Baugeschehen entwickelte, gleichzeitig aber damit auch Druck auf die Freiräume im Stadtgebiet entstand.



Ehemaliger Eilenburger Bahnhof, der auf Initiative der damaligen PDS-Fraktion nach 1993 zum Grünzug Lene-Voigt-Park umgestaltet wurde - Blick Richtung Innenstadt.

Meinst Du, die Russen wollen - wirklich keinen - Krieg?

Wann: Dienstag, 19. April 2022, 18 Uhr
Wo: Rosas Salon im Felsenkeller, Karl-Heine-Straße 32

Zu Jahresbeginn wurde Jewgeni Jewtuschenkos berühmte Gedichtzeile „Хотят ли русские войны?“ - Meinst du, die Russen wollen Krieg“ als Motto für die erste Podiumsdiskussion gewählt. Seit dem 24. Februar 2022 werden vermeintlich gut begründete Gewissheiten erschüttert. Der brutale Krieg in der Ukraine wird von einem tagesaktuellen Medienorkan begleitet. Was bricht da an bislang Unbekanntem plötzlich eruptiv auf? Was wurde lange - angesichts einer historisch wohl begründeten Einstellung gegenüber Russland - ignoriert? Welche Unter-scheidung zwischen Volk und Führung ist dringend geboten? Gäste sind Reinhard Lauterbach (Historiker und Osteuropakorrespondent), der Historiker Dr. Holger Politt (Historiker und Leiter des Warschauer Regionalbüros Ostmitteleuropa der Rosa-Luxemburg-Stiftung), Dr. sc. Heinz-Helge Heinker (Wirtschaftswissenschaftler und Journalist).

Heraus zum 1. Mai!

1. Mai - Fahrraddemo

10:30 Uhr, Anton-Bruckner-Allee (Clara-Park)

1. Mai - Kundgebung

13:00 Uhr, Markt

1. Mai - Hoffest

15:00 Uhr, Liebknecht-Haus, Braustraße 15

Bessere Arbeitsbedingungen und eine gerechtere Gesellschaft - dafür setzten sich die Menschen seit über 100 Jahren weltweit am 1. Mai ein. Auch unter der Ampel Regierung gibt es genügend Gründe an diesem Tag für eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen auf die Straße zu gehen. So verschärfen aktuell Krieg und Aufrüstung sowie die Corona Pandemie und Preissteigerungen die sozialen Verhältnisse weiter. Doch nicht nur im sozialen auch im ökologischen Bereich zeichnet sich immer mehr ab, dass der Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte sein darf. Solange die Ausbeutung von Mensch und Natur fortbesteht, werde beide darunter zu leiden haben. Deswegen: Heraus zum 1. Mai - für einen sozial-ökologischen Umbau unserer Gesellschaft!

Impressum

Herausgeberin:

Stadtvorstand DIE LINKE. Leipzig
Braustraße 15, 04107 Leipzig
Fon: 0341 - 14 06 44 11
Fax: 0341 - 14 06 44 18
Web: www.dielinke-leipzig.de
Mail: vorstand@die-linke-in-leipzig.de
Spenden: Sparkasse Leipzig
IBAN: DE11 8605 5592 1175 5039 20
Druck: wir-machen-druck, klimaneutral

Ausgeliefert?! Arbeitskämpfe bei Lieferdiensten.

Wann: Mittwoch, den 27.04.2022 19:00 Uhr
Wo: linXXnet, Brandstraße 15

Mittlerweile sind sie aus dem Stadtbild nicht mehr wegzudenken: Lieferant:innen in orange, hellblau, schwarz oder rosa, unterwegs bei jedem Wetter, immer auf dem Rad. Die Arbeitsbedingungen bei Essenslieferdiensten stehen seit Jahren in der Kritik, jetzt organisieren sich Fahrer:innen mit Unterstützung der Gewerkschaft, um einen Betriebsrat zu gründen und einen Tarifvertrag durchzusetzen. Bei dieser Veranstaltung wird Oğuz Alyanak, aus dem Fairwork Projekt einen tieferen Einblick in die ökonomischen Hintergründe der Lieferindustrie werfen. Außerdem werden gewerkschaftlich organisierte Fahrer:innen aus Leipzig von ihrem Arbeitsalltag und ihrer gemeinsamen Organisation berichten.

Demokratie und Kuba?!

Wann: 5. Mai 2022, Beginn 19 Uhr
Wo: Interim by linXXnet, Demmeringstraße 32

Prof. Dachery López (Konsul der Botschaft der Republik Kuba in Deutschland) beleuchtet die Ursprünge der heutigen Kommunistischen Partei Kubas und bettet sie in den revolutionären Kontext des Unabhängigkeitskampfes gegen Spanien und die USA. Kuba bot zur Wende des 19./20. Jahrhunderts vielen politisch Verfolgten eine Zuflucht. Nach dem Sieg der Revolution 1959 formten Che Guevara und Raúl Castro als prägende Köpfe die KP Kubas von einer national-demokratischen, antiimperialistischen Partei zu einer sozialistischen. Doch warum gibt es nur diese eine Partei in Kuba? Ist das demokratisch? Kandidieren bei Wahlen nur Vertreter*innen der Kommunistischen Partei? Dachery López berichtet wie die politische Arbeit funktioniert, wie die Gewählten Rechenschaft geben und wie viel man als Politiker*in in Kuba verdient. Dabei vergleicht er das kubanische Wahlrecht mit den europäischen Systemen. geht er auf die Frage nach der kubanischen Zivilgesellschaft und der Umsetzung der bürgerlichen Menschenrechte im Hinblick auf die seit 60 Jahren andauernde, völkerrechtswidrige Blockade der USA ein.

Redaktion: Kay Kamieth (V.i.S.d.P.), Steffi Deutschmann, Tilman Loos, Sören Pellmann.

Gestaltung: Johannes Schmidt

Das nächste Mitteilungsblatt erscheint nach der Wahl. Redaktionsschluss für die nächste Nr. ist **Mo. 02.05., 12:00 Uhr**. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerhaltende Kürzungen vor.